

Erziehung und Wissenschaft



Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

5/2006



***Familie ist
keine Privatsache:
Jedes Kind hat das
Recht auf Erziehung
und Bildung zu einer
eigenständigen und
gemeinschaftsfähigen
Persönlichkeit***

Zeit, Infrastruktur und Geld

Der siebte Familienbericht fordert Politik auf, sich am veränderten Alltag der Familien zu orientieren



Foto: Kai-Uwe Helmrich

Tissy Bruns, Leiterin des Parlamentsbüros des „Tagesspiegel“

In Deutschland musste erst eine offene Panik ausbrechen, nämlich die über die ungeborenen Kinder, damit die geborenen besser zu ihrem Recht kommen. Immerhin: Jetzt kommt Bewegung in die Familienpolitik. Der siebte Familienbericht (s. auch Seiten 12/13) ist noch unter Familienministerin *Renate Schmidt* (SPD) erarbeitet worden. Als ihre christdemokratische Nachfolgerin *Ursula von der Leyen* ihn Ende April vorstellt, geht die Saat ihrer Vorgängerin auf. *Angela Merkel* zeigt als Bundeskanzlerin Flagge. Die in der CDU und CSU aufkommende Kritik am Elterngeld und den „Vätermonaten“ fällt im CDU-Präsidium sanft in sich zusammen. Frauen werden künftig eine regelrechte Lohnersatzleistung beziehen, wenn sie Mütter werden. Und „Vätermonate“ gelten nicht als staatliche Erziehungsdiktatur, wenn sie als Belohnung obendrauf kommen. Der Kulturkampf um das Familienleitbild ist in den Unionsparteien entschieden. Die staatliche Familienpolitik nimmt die Lebenswirklichkeit nun zur Kenntnis. Frauen wollen Kinder und sie wollen arbeiten. Wer die Entscheidung für Kinder von Staats wegen fördern will, kann daran nicht vorbei sehen.

Das Elterngeld ist dabei nur ein Baustein in einem „neuen Mix“. Erfunden hat ihn die Ministerin Schmidt, untermauert hat ihn immer wieder *Hans Bertram*, der Berliner Mikrosoziologe und Vorsitzende der Kommission, die den Familienbericht erarbeitet. Dank dieser Forschungen wissen wir über Familie, Kinder und Eltern heute mehr als die politischen Lager aus der Sicht ihrer jeweiligen Weltanschauung lange Zeit über sie behauptet haben. Dem Engagement der Bundeskanzlerin für das Elterngeld zum Beispiel liegt auch ein schlichtes Eigeninteresse der CDU-Vorsitzenden Merkel zugrunde. Sie hat verstanden, dass die CDU sich von den jungen Familien isoliert, wenn sie weiter an der Hausfrauenehe oder der Wahlfreiheit zwischen Berufsausübung oder Hausfrauendasein festhält, die in Wirklichkeit nicht existiert. Familienforscher Bertram hat aber auch den Blick nach vorn geöffnet. Wenn wir alle länger leben, dann muss es nicht bei der „rushhour“ bleiben, die selbst bei optimaler Familienpolitik das Leben mit Kindern anstrengend macht. Heute drängt sich alles in einer Lebensphase. Ausbildung, Partnersuche, Berufsstart, Familienründung, Karriere – einer der wichtigen Gründe, warum viele junge Frauen den Kinderwunsch so lange vertragen, bis er nicht mehr erfüllbar ist. Wir könnten uns aber Zeit lassen, die Karriere dämpfen, wenn die Kinder klein sind und wieder los-

legen, wenn diese ihre Eltern nicht mehr täglich zu festen Zeiten brauchen. Vielleicht wundern sich unsere Kinder und Enkel einmal darüber, wie verbissen wir noch über Arbeitsteilung, Betreuung und Beruf diskutiert haben – weil in der fortgeschrittenen Wissensgesellschaft Mütter und Väter sich selbstverständlich viel Zeit für ihre Kinder nehmen. Gegenwärtig sind es die Anforderungen der jungen Wissensgesellschaft, die eine andere Familienpolitik so zwingend machen. Steuern und Unterhaltsrecht folgen den Mustern der alten Industriegesellschaft: der männliche Familienernährer, die Hausfrau als Hüterin der Kinder. Dazu passte das Ehegattenplitting und eine öffentliche Betreuungsstruktur, über die das restliche Europa lacht. Der „neue Mix“ dreht den Spieß nicht einfach um: Der Staat setzt auf den Dreiklang von Zeit, Infrastruktur, Geld. Wie letzteres fließt, will von der Leyen in diesem Jahr gründlich prüfen – eine Familienkasse, wie sie auch die GEW vorschlägt, nach französischem Vorbild könnte kommen. Renate Schmidt ist die Idee zu verdanken, dass der Staat sich für die Familie auch bei der Wirtschaft einsetzen muss. Denn so schön Bertrams Visionen sind: Die Flexibilitätsanforderungen machen jungen Frauen die Entscheidung für Kinder sehr schwer – und sie rekonstruieren alte Rollenverhältnisse. Oft müssen sich junge Väter ganz besonders in die Berufsgaleere und

Mütter ins Familienjoch begeben, weil der Job den Wechsel in die Ferne verlangt. Die Wende in der Familienpolitik folgt dem Erschrecken über die demographische Entwicklung. Umso trauriger, dass wir noch immer blind sind für die großen neuen Nöte vieler Kinder. Die Zahl ist eher untertrieben: Dieses Land lässt jedes zehnte Kind im Stich, bevor es in die Schule kommt. Viele Migrantenkinder, weil sie nicht deutsch können. Eine wachsende Zahl deutscher Kinder aus den vernachlässigten Stadtteilen, die als Perspektive nur die Sozialhilfekarriere ihrer Eltern vor sich haben. Die wachsende Zahl von Kindern, denen Fehlernährung und Passivität die Bürde der Adipositas (*Fettsucht*, Anm. d. Red.) auflädt, die von der Weltgesundheitsorganisation als „globale Epidemie“ bezeichnet wird. Wir zucken zusammen, wenn Vorfälle wie die an der Berliner Rütli-Schule bekannt werden – und sehen schnell wieder weg. Das wichtigste, was eine kinderarme Gesellschaft lernen muss, ist wohl, dass alle Kinder, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe, „unsere Kinder“ sind.

Tissy Bruns

Gastkommentar WWW

Zeit, Infrastruktur und Geld Seite 2

Auf einen Blick/Impressum

Seite 4

Streikbilderbogen

Seite 5

Titel: Familienpolitik WWW

- 1. Spagat zwischen Lust und Frust Seite 6
- 2. Neues Familienleitbild braucht Politikmix Seite 12
- 3. ...kein „Gedöns“ mehr Seite 14
- 4. Blick nach Schweden und Frankreich Seite 16
- 5. Familiengerechte Hochschule Seite 18

Tarif- und Beamtenpolitik

- 1. TVöD-Serie Seite 20
- 2. Tarifstreit: Kein Absturz Seite 21

E&W-Hintergrund: Rütli-Schule WWW

- 1. Die soziale Zeitbombe tickt Seite 22
- 2. Am Ende der Sackgasse Seite 24
- 3. Bremer Schule hat Erfolg mit Prävention Seite 26

Bildungspolitik

- 1. E&W-Interview mit Prof. Rudolf Tippelt Seite 28
- 2. Heißes Eisen: selbstständige Schule Seite 29

Internationales

- 1. Frankreich: Bildungsaristokratie Seite 30
- 2. Tschernobyl und die Folgen Seite 31

Recht und Rechtsschutz

Seite 32

Marktplatz

Seite 33

Leserforum

Seite 34

Diesmal

Seite 40

Titel: Werbeagentur Zimmermann

Den **Spagat zwischen Lust und Frust**

– müssen täglich viele Eltern hinkriegen. Das zeigt der Einblick in den Alltag von vier Familien, die *Peter Brandhorst* in der Titelgeschichte porträtiert hat. Dass in Deutschland noch immer der Frust überwiegt, liegt vor allem daran, dass unsere



Gesellschaft im europäischen Vergleich familienpolitisch ziemlich hinterherhinkt. Jetzt endlich kommt Bewegung in die Familienpolitik. Anstoß dazu gibt der Ende April veröffentlichte siebte Familienbericht. Er plädiert für ein neues Familienleitbild, das Abschied nimmt vom verstaubten traditionellen Familienmodell der klassischen Industriegesellschaft. Wenn Politik die Ergebnisse und Analysen der *Bertram-Kommission* wirklich ernst nimmt, entsprechende Gelder bereitstellt, Institutionen für Betreuung und Bildung familiengerecht umgestaltet, wenn schließlich der Arbeitsmarkt flexiblere Zeitmodelle für Eltern ermöglicht, dann könnten Familienalltag und Familienleben künftig mehr Lust als Frust sein. Und auch junge, gut qualifizierte Frauen müssten beim Thema Familie nicht immer mindestens ein Fragezeichen hinzufügen. Schwerpunkt Familienpolitik mit Beiträgen von *Tissy Bruns*, *Markus Sievers*, *Mechthild Veil*, *Maria Jeggle* sowie einem E&W-Gespräch mit *Anne Jenter* und *Norbert Hocke* **ab Seite 6**

Die Geschehnisse rund um die Rütli-Schule sind Medienereignis geworden. Jedenfalls – wie so häufig – kurzfristig. Doch es geht bei dem Brandbrief des Rütli-Kollegiums nicht um eine aus den Fugen geratene Einzelschule, auch nicht um die Eskalation der Gewalt dort. Wie in einem Brennglas – so *Marianne Demmer* in ihrem Beitrag **Am Ende der Sackgasse** – sind hier viele Aspekte des deutschen Bildungswesens, einer verfehlten Integrationspolitik und eines diskriminierenden Arbeitsmarktes sichtbar geworden. Eine Restschule für Bildungsbenachteiligte, zu der viele, wenn auch nicht alle, Hauptschulen und nicht nur die in Berlin durch unser hoch selektives Schulsystem geworden sind, kann Heranwachsenden keine guten Lebenschancen vermitteln. Sie überlässt sie der Perspektivlosigkeit. Das kann niemand in diesem Lande ernsthaft wollen. Die Bildungsgewerkschaft tritt für eine behutsame Abschaffung der Hauptschule ein. Nicht, weil sie darin die Lösung aller Probleme, sondern eher einen Schritt sieht, den Weg freizumachen für *eine* Schule für alle Kinder, die niemanden ausgrenzt. Weitere Texte zum Thema von *Eckhard Stengel* sowie dem GEW-Vorsitzenden *Ulrich Thöne* **ab Seite 22**



Entschuldigung!
Die Bilder der Titelgeschichte (Seiten 6 – 10) zur Professionalisierung in der April-Ausgabe der „Erziehung und Wissenschaft“ sind wegen eines technischen Fehlers nicht in der gewohnten Qualität gedruckt worden. Den Fotografen David Ausserhofer trifft keine Schuld. Wir entschuldigen uns bei unseren Leserinnen und Lesern – und natürlich bei David Ausserhofer. Das Aufmacher-Foto (links) zeigt, wie scharf die Fotos wirklich sind!
E&W

Mehr Studiengänge mit lokalem NC

Die Zahl der Studiengänge mit lokalem Numerus clausus (NC) ist in den meisten Bundesländern in den vergangenen Jahren stark gestiegen. In etlichen Ländern wurden zudem Studienplätze abgebaut, darunter Berlin, Hamburg und Niedersachsen. Bundesweit betrug die Quote der Studiengänge mit örtlichem NC im Wintersemester 2005/06 nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) 49 Prozent. Drei Prozent der Studiengänge wurden über die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) vergeben. Die Zahlen für das Sommersemester 2006 liegen noch nicht vor. Nach einer dpa-Umfrage vom April griffen die Hochschulen aber weiterhin kräftig zum NC.

Die neue HRK-Präsidentin *Margret Wintermantel* hat Bund und Länder aufgerufen, gemeinsam mehr Studienplätze zu schaffen. „Ich appelliere an die politischen Akteure, an die



Foto: dpa

Die neue HRK-Präsidentin: Margret Wintermantel

Länder und den Bund, gemeinsam die Hochschulen in die Lage zu versetzen, den Herausforderungen wirklich vernünftig begegnen zu können“, sagte Wintermantel angesichts des erwarteten starken Anstiegs der Studienbewerberzahlen in den nächsten Jahren gegenüber der dpa. „Was uns Sorgen macht ist, dass die Hochschulen jetzt unter die Räder eines allgemeinen Gerangels um Kompetenzen im Zuge der Föderalismusreform zu kommen drohen.“

Die HRK-Präsidentin kritisierte die geplante Föderalismusreform für den Bildungsbereich scharf: „Ein Kooperationsverbot auszusprechen angesichts der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Ausbildung der jungen Leute, das ist schon sehr fragwürdig. Zupackende Zukunftspolitik sieht anders aus.“ Die Föderalismusreform sieht vor, dass sich der Bund nicht mehr finanziell beteiligen darf, wenn es um Vorhaben geht, die ausschließlich in der Kompetenz der Länder liegen (s. E&W 4/2006, Seite 30).

Goethe-Institut will alle Standorte unter die Lupe nehmen

Wegen der Etat Kürzung durch die Bundesregierung will sich das Goethe-Institut neu aufstellen und nimmt alle Standorte unter die Lupe. „Angesichts globaler Herausforderungen aktueller Sparzwänge könnten wir Einschnitte in das Institutsnetz nicht ausschließen“, sagte eine Münchener Sprecherin des Goethe-Instituts gegenüber dpa. „Das ist aber nur eine von verschiedenen Optionen, die wir im Augenblick prüfen.“ Erwogen werde auch, durch Partnerschaften mit Unternehmen und Stiftungen verstärkt neue Mittel zu erschließen. Bis Ende Mai oder Anfang Juni solle ein Masterplan für die weltweite Zukunft des Goethe-Instituts vorliegen.

Der Sachetat für das Goethe-Institut einschließlich der Personalkosten ist in den vergangenen Jahren jährlich um je 2,5 Prozent gekürzt worden – auf zuletzt 109 Millionen Euro 2005. Derzeit laufen Gespräche zwischen dem Außenministerium und der Zentrale des Goethe-Instituts in München zum Etat 2006. Unklar ist, ob das Auswärtige Amt die Einsparrate möglicherweise weiter erhöhen will. Grundsätzlich spiegelte sich im Etat des Goethe-Instituts die Gesamtsituation der öffentlichen Haushalte wider, betonte die Sprecherin. Die Sparzwänge hätten den Prozess einer kritischen Selbstanalyse aber lediglich beschleunigt.

...und es hagelt nur Kritik

Ungeachtet der heftigen Kritik hat Familienministerin *Ursula von der Leyen* (CDU) ein „Bündnis für Erziehung“ geschlossen, an dem nur die evangelische und katholische Kirche beteiligt sind. Das Bündnis solle Grundlage für die Erziehung im Elternhaus und Kindergarten auf der Basis christlicher Werte erarbeiten und gute Beispiele herausstellen, sagte die Ministerin in Berlin. Das neue Bündnis soll die Maßnahmen der bereits eingeleiteten „Allianz für die Familie“ ergänzen, die auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf abzielt. GEW-Vorstandsmitglied *Norbert Hocke* kritisierte, dass von der Leyen andere Religionsgemeinschaften nicht eingeladen und auch die am Bildungsprozess beteiligten Schüler, Eltern, Erzieherinnen und Lehrkräfte nicht miteinbezogen habe. Scharfe Kritik kam auch von SPD, FDP, Grünen und Linkspartei. E&W berichtet ausführlich in der nächsten Ausgabe.

Ländle will Staatsexamen für Gymnasiallehrer abschaffen

Nach dem Willen des baden-württembergischen Wissenschaftsministers *Peter Frankenberg* (CDU) soll das Staatsexamen für angehende Gymnasiallehrer abgeschafft werden. Diese sollen künftig wie andere Studierende ein Bachelor- und Master-Studium absolvieren. „Das Staatsexamen muss bleiben – bis etwas besseres entwickelt ist!“, sagte GEW-Landesvorsitzender *Rainer Dablem*. Der Vorschlag des Ministers zur Einführung der Abschlüsse lasse ein Sparprogramm vermuten. „Die Lehrerausbildung an den Universitäten ist in einem beklagenswerten Zustand. An den Pädagogischen Hochschulen leidet aufgrund überfüllter Seminare die Qualität, und die dringend notwendige Schul- und Unterrichtsforschung bleibt vollständig auf der Strecke.“



Foto: Nico Schmidt

Gegen unter- und unbezahlte Praktika haben am 1. April die DGB-Jugend, die französische *Génération précaire* und der Verein *Fairwork* zum Protest aufgerufen. Der erste europäische Praktikantenaktionstag hat parallel in Paris, Brüssel und Berlin stattgefunden. Organisationen kritisierten, dass immer mehr Praktikantinnen und Praktikanten in den Betrieben für immer längere Zeiträume immer stärker ausgebeutet würden. Viele arbeiteten mittlerweile zum Nulltarif auf regulären Stellen (s. E&W 12/2005, Seite 26).

Impressum

Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung - 58. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Vorsitzender: Ulrich Thöne. Redaktion: Ulf Rödde (verantwortlich), Helga Haas-Rietschel. Redaktionsassistentin: Renate Körner Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann Postanschrift der Redaktion: Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt a. M., Telefon (0 69) 7 89 73-0, Telefax (0 69) 7 89 73-202. E-Mail: Renate.Koerner@gew.de Internet: <http://www.gew.de>

Redaktionsschluss ist der 10. eines jeden Monats.

Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich, jeweils am 5. des Monats mit Ausnahme der Sommerferien. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich € 7,20 zuzüglich € 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen; Verantwortl. f. Anzeigen: Mathias Müller, Tel. (02 01) 8 43 00-0, Telefax (02 01) 47 25 90, anzeigen@stamm.de; zzt. gültige Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. 1. 2005; Anzeigenschluss am 5. des Vormonats. Druck: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt. E&W wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



ISSN 0342-0671

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg haben sich kommunale Arbeitgeber und Gewerkschaften auf einen Kompromiss verständigt: Künftig gilt für alle Beschäftigten die 39-Stunden-Woche. Bei der Urabstimmung votierten 94,4 Prozent der wahlberechtigten GEW-ler und 67,56 Prozent der ver.di-Mitglieder für das Verhandlungsergebnis. Die Erzieherinnen im öffentlichen Dienst im Südwesten machen sich jetzt dafür stark, die mit dem Tarifabschluss vereinbarte halbe Stunde Mehrarbeit dafür einzusetzen, die Qualität in den Kindertageseinrichtungen zu verbessern. „Wir brauchen die zusätzliche halbe Stunde, um die mit dem Orientierungsplan verbundenen neuen Anforderungen umsetzen zu können. Eine intensivere Förderung der Kinder wird nur gelingen, wenn es mehr Zeit für Absprachen, Fortbildung und konzeptionelles Arbeiten gibt“, sagte GEW-Landesvorsitzender *Rainer Dablem*.
<http://www.gew-bw.de/Tarifpolitik.html>

Hamburg

Am 19. April hat die GEW die Angestellten an Schulen und Hochschulen erneut zu einer Arbeitsniederlegung aufgerufen. Etwa 200 Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen, vor allem aus Förderschulen, nahmen an den Aktivitäten teil. Der Hamburger GEW-Vorsitzende *Klaus Bullan* wertete die Beteiligung als deutliches Zeichen für die kämpferische Stimmung unter den Angestellten im Schul- und Bildungsbereich. Nach einer gemeinsamen Versammlung im Curio Haus mit den ver.di-Kolleginnen und Kollegen der Hochschulen führen die Streikenden mit Bussen nach Finkenwerder, um vor den Toren der Airbus-Werke ihre Kollegen von der IG Metall im Arbeitskampf zu unterstützen. Mehrere tausend Metallarbeiter, Mitglieder von GEW, GdP und ver.di demonstrierten die Geschlossenheit der Gewerkschaften in ihren Forderungen



1

Foto: Andreas Hamm



2

Fotos: privat

nach Erhalt des Flächentarifvertrags und angemessenen Bezahlungs- und Arbeitsbedingungen. Die Bezirksleiterin Küste der IG Metall, *Jutta Blankau*, wies auf die Bedeutung des gemeinsamen Auftretens hin. Am 20. April demonstrierten die Streikenden der Hamburger Hochschulen vor der Hochschule für angewandte Wissenschaften und besuchten die Studierenden in den Lehrveranstaltungen, um sie über die Tarifsituation zu informieren.

Mecklenburg-Vorpommern

Nach der Protestdemonstration am 23. März vor dem Schweriner Landtag (*E&W* 4/2006 berichtete) und dem fortwährenden Stillstand der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst rief die GEW Mecklenburg-Vorpommern landesweit zu Warnstreiks auf. „Wir werden es nicht länger hinnehmen“, so die Landesvorsitzende *Annett Lindner*, „dass die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu einer unendlichen Geschichte verkommen. Wir wollen die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zwingen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Darum werden wir mit Warnstreiks an Schulen und Hochschulen gegen die Verzögerungstaktik mobil machen.“ Auf der zentralen Kundgebung am 25. April in Rostock unterstützte der GEW-Vorsitzende *Ulrich Thöne* die Forderungen der Pädagogen, vor allem nach weiteren Anpassungsschritten der Gehälter Ost an West. In Neubrandenburg fand am 25. April ein Auto- und Fahrradkorsor der Streikenden rund um den Ring, der Hauptverkehrsstraße, statt. Einen Tag später führte ein weiterer Autokorso mit protestierenden Kolleginnen und Kollegen aus den Schulamtsbereichen Greifswald und Schwerin in die Landeshauptstadt (s. auch S. 21).

Saarland

Am 8. März beteiligten sich zirka 300 Beschäftigte von Universität, kommunalen Einrichtungen und Landesbehörden am Warnstreik und einer Demonstration in Saarbrücken, zu der ver.di, GEW, GdP und der DBB aufgerufen hatten. Mit einer spektakulären Aktion zum Arbeitsplatzabbau durch Arbeitszeitverlängerung haben Beschäftigte des Lan-

des und der Stadt Saarbrücken am 18. März gegen die Forderung der Arbeitgeber nach längeren Arbeitszeiten protestiert. 600 leere Stühle auf dem Platz vor dem Staatstheater in Saarbrücken standen für 600 wegfallende Arbeitsplätze. Am 24. März fand in Saarbrücken eine gemeinsame Demonstration und Kundgebung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der IG Metall statt, an der sich 3500 Beschäftigte beteiligten.

Niedersachsen

Die GEW Niedersachsen hat ihre Streiks nach dem Abbruch der Gespräche am 12. März erheblich ausgeweitet. An über 20 Schulen fanden Aktionen bis hin zu einwöchigen Streiks statt. Wie schon im Februar protestierten hauptsächlich pädagogische Mitarbeiter aus Förderschulen. Neben der Teilnahme an Aktionen der Gewerkschaft ver.di stand die Information der Bevölkerung über die Situation Angestellter im Schuldienst im Vordergrund der Streik-Aktivitäten. Da sich erstmals verstärkt angestellte Lehrkräfte am Protest beteiligten, war das Interesse der Presse und der Politik erstaunlich groß. Neben einigen Vorgesetzten versuchten auch Politiker, die Rechtmäßigkeit des Streiks in Frage zu stellen. Solche Einschüchterungsversuche sind jedoch misslungen. Das zeigte die große Beteiligung von GEW-Kolleginnen und -Kollegen an der zentralen Streikkundgebung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 23. März in Osnabrück, an der 4000 Landesbeschäftigte teilnahmen. Nach den Ferien wurden die Streiks wieder aufgenommen. An einer dauerhaften Streikmahnwache vor der Niedersächsischen Staatskanzlei, dem Dienstsitz von Ministerpräsident *Christian Wulff* (CDU), beteiligen sich auch GEW-Mitglieder.



3

1 GEW, IG Metall, GdP und ver.di demonstrierten in Hamburg gemeinsam vor den Toren der Airbus-Werke.

2 In Saarbrücken fanden mehrere spektakuläre Demonstrationen statt.

3 In Osnabrück nahmen 4000 Beschäftigte an der zentralen Streikkundgebung teil.

Spagat zwischen



Familienpolitik – im Wahlkampf überhaupt kein Thema – hat plötzlich an Brisanz gewonnen.



Lust und Frust

Blick in den Alltag von vier Familien

Geschuldet ist die Brisanz wohl vor allem der weiter sinkenden Geburtenrate und der Krise der sozialen Sicherungssysteme. Als erste familienpolitische Aktion beschloss die neue Bundesregierung, dass Eltern künftig mehr Kinderbetreuungskosten von der Steuer absetzen können (s. E&W 3/2006). Eine familienpolitische Wende zu Gunsten der Eltern und ihrer Kinder ist damit noch lange nicht eingeleitet. Und als Anreiz zum Kinderkriegen reicht das Steuergeschenk für Besserverdienende bei Weitem nicht aus. Fakt ist: Eltern und ihre Kinder erhalten in Deutschland nach wie vor zu wenig Entlastung und Unterstützung, um ihren familiären Alltag zu bewältigen. Das zeigt unser Beispiel von drei Familien aus Hamburg. Ist Kinderlosigkeit dann doch konsequent (s. unser viertes Familienporträt)?

„Kein Konzept für arbeitende Eltern“

Kirsten Hitter, Ingo Freytag mit Sohn Lino

Lino, der Fünfeinhalbjährige, hat die Buchstaben entdeckt. Vom Einkaufszettel malt er ein paar Worte ab. Und jetzt hat ihm sein Vater noch den Satz „Wir brauchen Käse“ diktiert – über mit Fingern vorgemachten

Schreibbewegungen. Abschluss des Familienrats, mit dem die Kleinfamilie Kirsten Hitter und Ingo Freytag zusammen mit Sohn Lino jeden Samstag in das Wochenende startet.

Gemeinsam wird das Programm der nächsten Tage entworfen. Eigene Wünsche formulieren, die Interessen anderer Menschen berücksichtigen lernen – dem Sohn soll das helfen, früh soziale Kompetenzen zu entwickeln. Doch auch für die Eltern haben die gemeinsamen Planungen besondere Bedeutung. Unter der Woche gehen beide ihren Berufen nach. Die Jobs lassen nicht immer Zeit, den Tag zu dritt zu beginnen oder zu beschließen.

Kirsten Hitter und Ingo Freytag, heute 47 und 55 Jahre alt, haben erst spät ihren Kinderwunsch realisiert. Seit 16 Jahren sind sie ein Paar. „Wir waren beide sehr autonom“, sagt die Diplom-Pädagogin Hitter, „mit unserem Sohn haben wir eine dritte Ebene dazubekommen.“ Lebensgefährte Ingo fügt hinzu: „Die Prioritäten haben sich verändert. Erst kommt das

Kind. Und dann eine Weile gar nichts.“ Lino, die dritte Ebene, springt jetzt über Kissen hinweg und taucht unter Stühlen hindurch. Die Eltern stehen gegen Türrahmen gelehnt und lassen ein paar hundert Millionen Glücks-

botenstoffe ungebündelt durch Kopf und Körper hin- und herschießen. Für beide war immer klar, auch mit Kind ihren jeweiligen Berufen nachzugehen, den Kompromiss zwischen Leben und Arbeiten zu suchen. „Wir lieben unsere Jobs“, sagt die Mutter. Außerdem: „Müsste einer damit aufhören, könnten wir als Familie ökonomisch kaum überleben.“ Vater Ingo versucht mit ein paar anderen Kollektivisten, eine kleine Druckerei durch die anhaltende Krise des Gewerbes zu steuern. Mutter Kirsten arbeitet halbtags als stellvertretende Leiterin des Referats Lehrertraining am Hamburger Landesinstitut für Lehrerfortbildung und ist freiberuflich als Supervisorin tätig.

Erst Kinder ab drei haben in Hamburg bis zur Einschulung Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz – und das auch nur für fünf Stunden am Tag. Lino besucht Krippe und Kita, seit er eineinhalb ist. Die Eltern haben aktuell einen achtstündigen Gutschein gekauft. „Um neun bringe ich den Lütten dort hin“,



„Kein Konzept für arbeitende Eltern“

Kirsten Hitter, Ingo Freytag mit Sohn Lino

„Die Prioritäten haben sich verändert. Erst kommt das Kind. Und dann eine Weile gar nichts.“



sagt der Vater, „dann sprinte ich weiter zum Job.“ Bis 17 Uhr kann der Sohn wieder abgeholt werden, was meist die Mutter erledigt. Der Haushalt wird im Wechsel gemanagt. Drumherum die Versuche, noch Zeit für Hobbys zu finden, für Radtraining oder Samba-Kurs. Das ist die Theorie, sagt Kirsten Hitter, die Praxis sieht manchmal anders aus. Dann kann unvorhergesehen keiner rechtzeitig vom Job weg oder einer ist krank. Unterstützung finden sie bei anderen Eltern, die den Sohn dann eine Weile mit zu sich nehmen. Für berufstätige Eltern wie Kirsten Hitter und Ingo Freytag wären individuell wählbare Betreuungszeiten in den Kitas wichtig – weg von den Regelöffnungszeiten. „Die Kita-Gutscheine sind unflexibel“, sagt die Mutter, „es fehlt die Möglichkeit der Gegenrechnung – heute nur bis 16 Uhr, dafür morgen auch mal bis 18 Uhr.“ Sehr verschlechtert habe sich zudem die personelle Situation in den Kitas. Lino gehört in seiner Einrichtung zu den ältesten Kindern. „Wegen der Sparmaßnahmen fehlt aber Personal, um nicht nur mit den Kleinen arbeiten zu können, sondern auch altersgerecht mit den Größeren.“

In gut einem Jahr soll Lino eingeschult werden. „Ganztagsschule“, sagen die Eltern, auch damit dem Sohn der Besuch zweier Gruppen in normaler Grundschule und anschließendem Hort erspart bleibt. Um jedoch während der Ferien eine volle Betreuung für ihn zu haben, müssten sie für diese Zeit einen Drei-Tage-Kitagutschein kaufen – dem Sohn also doch zwei Gruppen zumuten. „Kein Konzept für arbeitende Eltern“, schimpft die Mutter. Der Vater stöhnt: „Wer sich solchen Käse ausgedacht hat ...“ Und Lino sucht jetzt schnell nach dem Einkaufszettel.

„Das Familienmanagement ist ein knallharter Job.“

Johannes Schaefer, Saphinas Shawky mit ihrer Großfamilie

Immerhin der zwölfjährige *Mirko* schweigt. *Anna-Maria*, 9, hingegen plagt gerade Kopfschmerzen und *Lisa*, 12, muss rasch ein paar Sätze zur Schule loswerden. *Tarique*, die Einjährige, quäkt in den Armen ihrer sie tröstenden 16-jährigen Halbschwester *Kerrin* und die dreijährige *Nuriya* entdeckt derweil juchzend die Kameras der Fotografin. Vom kleinen Küchentisch aus beobachtet der Vater das Geschehen: „Im Moment haben wir das Glück, dass fast alle unserer Kinder anwesend sind.“ Die Mutter wirft ihm einen Blick zu, der auch Gletscher zum Schmelzen bringen könnte. *Johannes Schaefer*, 42, und *Saphinas Shawky*, 33, ägyptischer Abstammung, haben aus verschiedenen Beziehungen insgesamt acht Kinder. Mit vier von ihnen leben sie in Hamburg zusammen – mit dem gemeinsamen Nachwuchs *Tarique*



und *Nuriya* sowie den beiden Töchtern *Lisa* und *Anna-Maria* aus *Shawkys* geschiedener Ehe. *Johannes Schaefer* hat aus einer früheren Ehe vier weitere Kinder, die alle bei der Mutter leben. *Kerrin* und *Mirko* kommen alle 14 Tage über das Wochenende zu Besuch. Eine weitere Tochter, die 19-jährige *Janika*, zieht demnächst ein, um in der Hansestadt zu studieren. Dann werden sie zu siebt, manchmal zu neunt, ihren Großfamilienalltag leben.

Ihre Kinder sind die festen Pole, um die sich das Leben der Eltern dreht. *Saphinas Shawky* und *Johannes Schaefer* leben auf einer emotionalen Großtanzfläche. „Wenn *Nuriya* kuscheln will“, sagt der Vater, „dann ist das ein unglaublich



„Das Familienmanagement ist ein knallharter Job.“

Johannes Schaefer, Saphinas Shawky mit ihrer Großfamilie

Der Vater sucht auch im Beruf Anerkennung, die Mutter will nicht nur die Kinder hüten. Doch wie Karriere machen, Beruf und Erziehung mit einer Großfamilie in Einklang bringen? „Wir suchen noch nach Lösungen.“

„Ganz schön überfordert und gerädert“

Helga Peters mit Sohn Jesse, allein erziehend

„Doch selbst wenn ich noch mehr Zeit für Freiräume hätte, es wäre kein Geld dafür da.“

ches Geschenk.“ Doch es ist für die Eltern nicht einfach, diesen Alltag gleichberechtigt zu gestalten. Der Vater sucht auch im Beruf Anerkennung, die Mutter will nicht nur die Kinder hüten. Doch wie Karriere machen, Beruf und Erziehung mit einer Großfamilie in Einklang bringen? „Wir suchen noch nach Lösungen“, sagt Schaefer.

Seit zehn Jahren führt Johannes Schaefer eine Gesangsschule, seine Mittagspausen legt er so, dass er mit der Familie essen kann. Außerdem arbeitet er als Schauspieler für zwei freie Theater. Wenn er auf Tournee ist, „dann müssen mir die großen Kinder oder eine Freundin helfen“, so die Mutter. Sie wiederum lässt sich zur Gesangstherapeutin ausbilden und gibt ein paar Stunden Unterricht an der Schule ihres Lebensgefährten. Dann lösen sie sich dort mit den Kindern auf dem Arm ab. „Probleme gibt’s gelegentlich“, sagt Schaefer, „Saphinas kocht, doch wer regelt den Einkauf?“ Samstags versuchen sie, möglichst viel für die Woche zu besorgen. Jede Ausgabe muss bedacht sein, 100 Euro sind schnell ausgegeben. Viel Geld für sie, die von 25 000 Euro im Jahr leben müssen, plus Wohn- und Kindergeld. „Die Kleinen tragen die Sachen der Großen auf“, sagt die Mutter, „auf dem Markt kriegen wir manchmal Lebensmittel geschenkt von Händlern, die uns kennen.“

Freizeit bleibt kaum, das Familienmanagement ist ein knallharter Job. „Es wartet immer Arbeit“, sagt die Mutter, vieles bleibt an ihr hängen. Eine Haushaltshilfe können sie nicht bezahlen. Seit kurzem gehen sie einmal im Monat getrennt in die Sauna. „Mal loslassen“, so der Vater, „mal fünf Sätze sprechen, ohne unterbrochen zu werden“, so die Mutter.

Und auch mal raus aus der Enge der häuslichen Umgebung. Die Patchwork-Großfamilie lebt in einer 75-Quadratmeter kleinen Dreieinhalb-Zimmer-



Wohnung. Das Wohnzimmer-Sofa wird nachts zum Schlafplatz, über dem Schreibtisch im sechs Quadratmeter großen Arbeitszimmer hängt ein Hochbett. Die Familie sucht eine größere Wohnung, findet aber keine bezahlbare. „Ein Hohn, wenn Politik für mehr Kinder wirbt, aber nicht die Voraussetzungen schafft“, sagen die Eltern. Nach der Geburt von Tarique sei ihnen das Wohngeld gekürzt worden wegen der durch das Kindergeld gestiegenen Einkünfte: „Es fehlt an gesellschaftlichem Bewusstsein. Wir als Großfamilie müssen uns stets rechtfertigen, viele Kinder gezeugt zu haben.“

Die älteren Kinder besuchen eine Waldorfschule. „Sie entwickeln sich prächtig“, sagen die Eltern, „pure Freude, sie beim Vorankommen zu beobachten. Immerhin mit der Schule gibt es keine Probleme.“

„Ganz schön überfordert und gerädert“

Helga Peters mit Sohn Jesse, allein erziehend

Wenn Helga Peters aus ihrem Alltag erzählt, dann geschieht das nicht selten im Konjunktiv – könnte, hätte, wäre. „Ich könnte mittlerweile schon mal ins Kino gehen“, jetzt wo sich ihr inzwischen zwölfjähriger Sohn Jesse zu Hause auch ein paar Stunden allein aufhalten mag. „Doch selbst wenn ich noch mehr Zeit für Freiräume hätte, es wäre kein Geld dafür da.“

Die 47-jährige allein erziehende Mutter aus Hamburg lebt in einem eng gesteckten Rahmen, zeitlich wie finanziell. Seit vor ein paar Jahren die Beziehung zum Vater des gemeinsamen Sohnes in die Brüche ging, muss sie emotionale Lust



„Ein neues Familienleitbild braucht einen Politikmix“

E&W-Gespräch mit Anne Jenter und Norbert Hocke

In Deutschland herrscht immer noch die Ansicht vor, Familie sei „Privatsache“. Der Ende April der Presse vorgestellte siebte Familienbericht belehrt indes eines Besseren: Er fordert einen Politikmix von steuerlicher Entlastung und Elterngeld bis hin zu Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen. Anne Jenter, zuständig für den Arbeitsbereich Frauenpolitik, und Norbert Hocke, verantwortlich für den Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit, buchstabieren aus GEW-Sicht diesen Politikmix im Einzelnen aus.



Fotos: Christian von Polentz, transit

Anne Jenter

E&W: Was für eine Schule braucht die Familie von heute?

Norbert Hocke: Unsere Schule ist immer noch nach dem traditionellen Familienbild organisiert: Der Vater arbeitet den ganzen Tag, die Mutter ist höchstens halbtags beruflich unterwegs und hat Zeit, sich um die Kinder zu kümmern. Heute kommen wir aber mit der Halbtagschule nicht mehr aus.

Anne Jenter: Bei 52 Prozent der Eltern wollen beide voll erwerbstätig sein, aber nur sechs Prozent können diesen Wunsch verwirklichen. Im Moment spannt die Schule die Mutter noch unentgeltlich für die Bildung ein. Sie muss mit vorbereiten und Hausaufgaben betreuen, nicht von ungefähr boomt der Nachhilfemarkt. Die Schule lebt auch heute vom Engagement der Mütter, doch das müsste in die Schulen hineinverlagert werden.

Hocke: Das 45-Minuten-Unterrichtsmodell ist in dem Zusammenhang ebenso verfehlt wie die „Monokultur“, dass nur Lehrer sich um die Erziehung der Kinder kümmern. Wir brauchen multiprofessionelle Teams mit Künstlern, Erziehern, Handwerkern und Sozialarbeitern.

E&W: Dass die Schule kindgerechter werden muss, ist ein Dauerbrenner in der pädagogischen Debatte. Wie kommt es, dass wir immer noch eine Halbtags-Monokultur haben?

Hocke: Wir haben zwei getrennte Systeme.

Das System der Kinder- und Jugendhilfe auf der einen Seite und die Schule, mit den Schülern bis hin zur Kultusministerkonferenz, auf der anderen Seite. Die spannenden Ansätze in der Kinder- und Jugendhilfe sind deshalb in der Schule noch gar nicht angekommen. Der Kinder- und Jugendbericht hat festgehalten, dass die Bildung außerhalb und neben der Schule, zum Beispiel in der Peergroup viel wirkungsvoller ist als das, was in der Schule gelernt wird. Warum nutzen wir das nicht? Es gibt immer noch keine Pädagogen-Teams, die Schule gemeinsam gestalten.

Jenter: Eine Kooperation mit anderen Einrichtungen wird einfach nicht gewünscht. Immer noch wird im Gleichschritt viel zu viel Wissen eingetrichtert. Es gibt zentralisierte Prüfungen mit einem Berg von Einheitswissen, da bleibt für individuelle Förderung oft keine Zeit übrig.

E&W: Wie sähe eine gelungene Verbindung von Jugendhilfe und Schule aus?

Hocke: Die unterschiedlichsten Pädagogen müssen in die Schule hinein. Da könnte etwa eine Naturstation zusammen mit dem Biologielehrer den Biologieunterricht übernehmen. Jugendfreizeitheime könnten mit der Schule ein Ferienangebot entwickeln. Es gibt so vieles, womit man Kinder motivieren kann – und nichts davon findet im Moment in der Schule statt.

E&W: Der Bund geht mit dem Ganztagschulprogramm in diese Richtung. Wie beurteilen Sie dessen Vorankommen?

Jenter: Das Ganztagschulprogramm reicht überhaupt nicht aus. Der Bund durfte ja nur bauliche Maßnahmen fördern. Es gibt Länder wie Niedersachsen, die haben kaum zusätzliches Geld für Lehrkräfte zur Verfügung gestellt, sondern den Schulen gesagt: Seht zu, wie ihr das macht. Da kommen z. B. nachmittags Eltern in die Schule, um die Kinder zu beaufsichtigen.

Hocke: Am Kern unseres Schulproblems hat es nichts geändert. Es wird vormittags der klassische Unterricht gehalten und nach dem Essen kann ein Teil der Kinder die Hausaufgaben in der Schule machen. In Rheinland-Pfalz hat

man sich immerhin bemüht, nachmittags Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in die Schulen zu holen. Aber auch das ist nur der halbe Schritt. Der ganze Schritt wäre, den Lernalltag als ganzen Tag zu begreifen, und eine Mischung aus Lernen, kreativen Phasen und Pausen anzubieten.

E&W: Frau Jenter, frauenpolitisch ist das Programm aber sicher ein Fortschritt, oder? Die Mütter haben immerhin Zeit gewonnen.

Jenter: Auch das kann man nicht einfach so behaupten. Wenn das Angebot der Schule nicht gut ist, dann wollen viele Eltern ihre Kinder dort auch nicht lassen. Außerdem werden Mütter nun teilweise in der Ganztagschule eingespannt, das ist auch kaum besser als vorher. Wenn Pädagogen eingestellt werden, und das sind häufig Frauen, arbeiten sie oft auf 400-Euro-Basis oder als befristet Beschäftigte mit wenigen Stunden und ohne Urlaubsvergütung. Diese nimmt man doch gar nicht ernst. Die sozialen Kompetenzen, die solche Fachkräfte einbringen, werden einfach nicht hoch genug eingeschätzt. Nicht zuletzt haben Lehrerinnen, die dann den ganzen Tag in der Schule verbringen sollen, ohne vernünftige Kinderbetreuung und familienfreundliche Personalführung dann selbst ein Vereinbarkeitsproblem.

E&W: Der Ausbau der Ganztagsbetreuung leidet generell unter massivem Geldmangel, zumeist der Kommunen. Die Politik geht deshalb auch bei der Kleinkinderbetreuung nur zögerlich voran. Wie kann man das ändern?

Hocke: Wir werden mehr Geld benötigen. Aber es geht auch um das Umleiten von Geldströmen. Wir geben jährlich 150 Milliarden Euro für Familienleistungen aus, Baukindergeld, Kindergeld, Ehegattensplitting, etc. Aber es gehen nur 40 Prozent in die Institutionen, 60 Prozent gehen direkt an die Familien. Wir haben es nicht geschafft, Familienarmut zu beseitigen, Randgruppen zu integrieren oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Mit einer Neujustierung der Steuerpolitik könnte man einen Teil der Probleme lösen. Das Gros des Geldes, nämlich sechzig Prozent, sollte in die Bildungsein-



richtungen fließen, etwa in einen gebührenfreien Kindergarten. Damit hätte man auch die Hemmschwelle für Migranten gesenkt: In Berlin hatten wir in den achtziger Jahren flächendeckend den gebührenfreien Kindergarten. Die Warteliste ist von 2000 auf 26 000 gestiegen.

E&W: Und wo nehmen Sie das Geld weg, das den Institutionen zugute kommen soll?

Jenter: Das Ehegattensplitting ist im Moment eine Fehlinvestition. Die Politik tut so, als würde sie damit Familien fördern, aber vierzig Prozent der profitierenden Paare sind kinderlos. Im Jahr investiert der Staat etwa 20 Milliarden Euro in das Ehegattensplitting. Fast vierzig Prozent von 20 Milliarden sind folglich fehlinvestiert.

E&W: Die Familienpolitik wirkt dem gegenüber, was Sie als notwendig beschreiben, wie

ein großer manövrierunfähiger Tanker. Woher soll die Energie zum Umsteuern kommen?

Jenter: Wenn man ein neues Familienleitbild verwirklichen will, braucht man einen Politikmix. Es müssen Väter einbezogen werden, in die Partnermonate beim Elterngeld und bei der Teilzeit in der Elternzeit. Und dann die öffentliche Hand über mehr Kinderbetreuung. Der Staat muss seine Familienleistungen bündeln und „umsteuern“. Bildungssystem und Beschäftigungspolitik im Dienstleistungsbereich müssen ebenso umgestaltet werden. Das alles muss zusammenwirken.

E&W: Das ist ein riesiger Kraftakt. Wer soll den stemmen?

Jenter: Ich halte es für notwendig, eine Enquetekommission ins Leben zu rufen, die sich mit der Familienpolitik für das 21. Jahrhundert beschäftigt. Alles ge-

hört auf den Prüfstand. Der neue Familienbericht, der gerade veröffentlicht wurde, bringt gute Diskussionsansätze. Etwa, dass die Kinder nicht nur ein privates, sondern auch ein öffentliches Gut sind. Wir sollten in Zukunft nicht mehr von Ausgaben des Staates für Kinder sprechen, sondern von Investitionen in Kinder und damit in die Zukunft der Gesellschaft.

E&W: Finnland hat seinen Kindern von 0 bis 14 Jahren das Recht auf ganztägige Bildung eingeräumt. In Deutschland dagegen setzt man erst auf freiwillige Bündnisse vor Ort, die sich engagieren. Ist das vertane Zeit?

Jenter: Ja. Wir müssen in Richtung finnisches Vorbild gehen. Aber es ist nicht nur Finnland, auch Frankreich sieht das so. Das bedeutet nämlich: Chancen für alle Kinder. Der Anspruch auf qualifizierte Bildung für alle von Anfang an würde uns bei der Umgestaltung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft sehr helfen. **Hocke:** Paragraph 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes heißt: Jedes Kind hat ein Recht auf Erziehung und Bildung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Das ist ein Rechtsanspruch. Paragraph 2 heißt leider, dass das zuvörderst die Familien gewährleisten. Wenn man aber Paragraph 1 ernst nimmt, dann kann man nicht verordnen, dass die Familie das alleine leisten soll. Der Staat muss dieses Recht gewährleisten und zwar ganztags und ab dem ersten Lebensjahr. Ansonsten begeht er Rechtsbruch gegenüber den Kindern, denen Bildung und Erziehung heute verwehrt bleiben.

Interview: Heide Oestreich

„Wir sollten in Zukunft nicht mehr von Ausgaben des Staates für Kinder sprechen, sondern von Investitionen in Kinder und damit in die Zukunft der Gesellschaft.“

Vorfahrt für Familien

Das Projekt „Vorfahrt für Familien!“ baut ein bundesweites Netzwerk auf, das gewerkschaftliche Aktivitäten in lokalen Bündnissen für Familie anregt, bündelt und per Intranet oder Internet vernetzt.

Um einen intensiven Erfahrungsaustausch zu erreichen, fand eine bundesweite Fachtagung „Vorfahrt für Familien!“ in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung statt, an der über 100 Gewerkschafter teilgenommen haben. In diesem Rahmen wurde der „Werkzeugkoffer“ auf CD-ROM mit Konzepten zu familienfreundlichen Maßnahmen als Lernplattform für Gewerkschaftsakteure, aber nicht nur diese, vorgestellt. Der Koffer bietet übertragbare, erprobte Konzepte und best-practice, die Gewerkschafter in die Bündnisse vor Ort einbringen können (z. B. Konzepte zur Bündnisorganisation und -gründung, Betriebsratsschulungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, betrieblich geförderter Kinderbetreuung und DGB-Positionen zu Beruf und Familie). Die Beiträge zur Fachtagung sind komplett im Internet dokumentiert. www.familie.dgb.de

7. Familienbericht im Internet unter www.bmfsfj/Politikbereiche/familie.de

E&W wird in den nächsten Ausgaben einzelne Aspekte des neuen Familienberichtes aufgreifen.



Cartoon: Thomas Plafmann

Schon lange kein „Gedöns“ mehr

Wie lässt sich Familienpolitik finanzieren?

Wo soll Familienpolitik ansetzen? An der Steuer? An verbesserter Infrastruktur? Mehr Kinderbetreuung? Oder wo sonst – und wie lassen sich all die Dinge finanzieren, die notwendig wären, um Familien zu entlasten? Im Zusammenhang mit der sinkenden Geburtenrate kursieren allerdings auch sehr abstruse und utopische Vorschläge. Aber immerhin: Der Mief eines verstaubten Familienbildes ist abgebröckelt.

Gedöns“ nannte es der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Mittlerweile würde kaum ein Politiker es wagen, sich derart abwertend und herablassend über Familienpolitik zu äußern. Der Kindermangel ist indes ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt – und das völlig zu Recht. Nach Schätzungen des Statistikamtes Destatis sind hierzulande im vergangenen Jahr 680 000 bis 690 000 Mädchen und Jungen zur Welt gekommen – so wenige wie seit 1950 nicht mehr. Was das für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, aber erst recht für das gesellschaftliche und soziale Leben bedeutet, beginnen wir erst zu ahnen. Sicher ist, dass sich mehr und mehr Deutsche ihren Wunsch nach Nachwuchs

nicht erfüllen, obwohl sie ihn zumindest in Umfragen deutlich artikulieren.

Schon aus diesem Grund genießt Familienpolitik mittlerweile so viel Aufmerksamkeit, dass selbst abstruse oder bestenfalls rückwärts gewandte Diskussionsbeiträge ihren Widerhall finden. Zielsicher steuert FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher in die Bestseller-Listen, indem er in seinem Buch „Minimum“ die soziale Kälte in einer Gesellschaft ohne Großfamilien anprangert. Immer wieder segeln auch Ökonomen in diesem Fahrwasser, das sie nutzen, um ihre konservativen Vorstellungen unters Volk zu bringen. Die demographischen Probleme kommen ihnen gerade recht. Klar: Der Staat muss mehr für Kinder und für Eltern tun. Darüber herrscht Konsens. Doch die Einigkeit hört schon bei der Frage auf, wo Familienpolitik ansetzen sollte: beim Rentensystem, bei den Steuern, der Infrastruktur oder wo sonst?

Demografie und Rente

Für Hans-Werner Sinn, Chef des Münchner Ifo-Instituts, sind die demografischen Probleme Deutschlands vor allem ein Problem der Rentenversicherung. Ganz in seinem Geiste forderte kürzlich der Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik der Union Köln, Prof. Johann Eckhoff: „Die Renten von Kinderlosen müssten um die Hälfte gesenkt werden.“ Ähn-

lich argumentiert Sinn, der in der Union und bis ins Kanzleramt hinein als Vordenker gehandelt wird. Seiner Ansicht nach sollten Kinderlose die finanziellen Folgen ihrer Lebensentscheidung stärker spüren – durch geringere Ansprüche an die gesetzliche Rente und damit einen höheren Druck, selbst vorzulegen.

Staat setzt auf Steuerrecht

Für besonnene Geister unter den Wissenschaftlern ist das barer Unsinn. „Rentensysteme wurden genau deswegen geschaffen, damit auch diejenigen, die selbst keine Kinder haben, im Alter versorgt sind“, betont Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (IWF). „Insofern würde die Halbierung der Rente für Kinderlose genau dieser Versicherungsfunktion widersprechen.“ Im Übrigen weist Wagner darauf hin, dass die Entscheidung für Kinder viel stärker von der Kinderbetreuung im Vor- und Grundschulalter abhängt als von der Aussicht auf Rente. Auch die Rürup-Kommission hat die Forderung abgelehnt, Kinderlose bei der Rente zu bestrafen. Der angenehme Ausgleich für Erziehungslasten sei eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft und nicht allein der Beitragszahler, gab die Kommission zu bedenken.

Wenn nicht bei der Rente, wo sollte der Familienlastenausgleich dann angesiedelt werden? Der deutsche Staat gibt

darauf eine eindeutige, aber nicht unbedingt befriedigende Antwort: Er setzt „fast ausschließlich auf das Steuerrecht“, wie der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) moniert. Zwar erhalten Eltern ein Kindergeld von 154 Euro im Monat (ab dem vierten Kind 179 Euro). Doch wahlweise können sie einen steuerlichen Freibetrag von 3648 Euro jährlich nutzen, was sich etwa ab einem Jahreseinkommen von 60 000 Euro günstiger auswirkt als das Kindergeld. Was dem Bürger mehr bringt, prüft das Finanzamt im Einzelfall von sich aus. Doch fest steht, dass ausgerechnet Spitzenverdiener am stärksten entlastet werden. Mindestens 40 Prozent der Paarfamilien und 80 Prozent der Ein-Elternfamilien haben VAMV-Schätzungen zufolge von den geplanten steuerlichen Entlastungen der neuen Bundesregierung so gut wie nichts, weil sie lediglich Kindergeld erhalten.

Um diesen Widersinn weiß auch die seit acht Jahren regierende SPD, doch sie fühlt sich durch das Bundesverfassungsgericht gebunden. Dies verlange, reiche Eltern nicht mit armen Eltern zu vergleichen, sondern mit reichen Kinderlosen. Das verstehen die Verfassungsrichter unter „horizontaler Steuergerechtigkeit“, (die laut Grundgesetz zur „vertikalen Gerechtigkeit“ zwischen Arm und Reich hinzutreten müsse). Demnach darf der Staat das Existenzminimum eines Kindes nicht besteuern, egal ob es bei der alleinerziehenden Verkäuferin aufwächst oder in der Millionärsfamilie. Die Logik steuerlicher Freibeträge bringt es mit sich, dass sich über eine Spitzenentlastung freuen kann, wer den Spitzensteuersatz zahlt. Ursprünglich wollte die damalige rot-grüne Koalition die Vorgaben aus Karlsruhe mit einer Reform umsetzen, die allen Eltern die gleichen finanziellen Vorteile gebracht hätte. Doch diese wäre so teuer gekommen, dass der Finanzminister sein Veto einlegte.

An leeren Kassen aber sollte eine sozial gerechte Familienpolitik nicht scheitern. Laut Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) unterstützte der Staat im vergangenen Jahr Familien mit insgesamt 250 Milliarden Euro – das sind fast elf Prozent des Bruttoinlandsproduk-

tes (BIP). Darin eingerechnet ist allerdings alles, was Familien zugute kommt – beispielsweise auch öffentliche Ausgaben für Schulen. Fast 100 Familienleistungen haben die Forscher gezählt, die selbstverständlich zu einem bedeutenden Teil nach dem Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“ von Eltern über Steuern und Abgaben bezahlt werden. Um diesen Dschungel zu lichten, schlägt das IfW vor, die Förderung zu bündeln.

Familienkasse

Diese Idee trägt der Verband der Alleinerziehenden mit und wirbt für eine Familienkasse. Die GEW tritt dafür ebenfalls ein. Unter deren Dach könnte der Staat die vielen Einzelinstrumente zusammenführen. Und er könnte sie genauer auf die ausrichten, die es am nötigsten haben. Dafür fordert der VAMV eine zweite grundlegende Reform: eine Grundsicherung für alle Kinder. 450 Euro solle der Staat im Monat pro Kind an die Erziehungsberechtigten zahlen, unabhängig von deren Einkommen. Zusätzlich schlägt der Verband ein Elterngeld vor, das ein Jahr lang die Aufwendungen und den Einkommensverzicht der Erziehenden abgelten solle. Dieses müsse mindestens 520 Euro für Nicht-Erwerbstätige betragen und früher Berufstätigen einen Teil des Lohnes ersetzen. Finanzieren ließe sich dieser Radikalumbau laut VAMV durch eine dreiprozentige Steuer auf alle Einkünfte und einen Verzicht auf bisherige Familienleistungen, an deren Stelle die Grundsicherung träte. Die steuerlichen Freibeträge würden nicht länger benötigt, wenn eine Grundsicherung das Existenzminimum abdecke.

Einen weitreichenden Neuanfang dürfte die große Koalition wohl kaum wagen. Immerhin will sie die Familienförderung von ihren Sparmaßnahmen ausnehmen. Schon im nächsten Jahr soll das schwarz-rote Elterngeld starten. Das sorgt zwar nicht für einen sozialen Ausgleich, weil es gut verdienende Paare begünstigt. Aber es steht zumindest für ein modernes Familien- und Geschlechterbild. Auch das ist ein legitimes Ziel von Familienpolitik: qualifizierte Frauen in ihrem Kinderwunsch zu unterstützen. *Markus Sievers*



Kindeswohl und Geschlechterdemokratie

Blick nach Europa: familienpolitische Leitbilder in Schweden und Frankreich

„Vereinbarkeitsfortschritt à la française“ beruht auf einem Deal zwischen Frauen und Staat, der Männer als Väter entlastet. In Schweden gilt: Beide Geschlechter sind in der Pflicht, Beruf und Kindererziehung auszubalancieren.

Die heftig entbrannten Diskussionen über Familienpolitik in Deutschland legen nahe, den Blick auf das europäische Ausland zu richten. Wie machen es die anderen, welche Impulse können wir etwa aus Frankreich oder Schweden erhalten? Die beiden Länder stehen für unterschiedliche Modelle. Sie führen vor Augen, wie unser Land „familienpolitisch“ hinterher hinkt und wie viel unsere Gesellschaft „aufzuholen“ hat.

Francia zeigt, wie beschäftigungs- und frauenfreundlich eine bevölkerungspolitisch motivierte Familienpolitik sein kann, wenn sie auf das Kindeswohl konzentriert ist und gleichzeitig erwerbstätige Mütter unterstützt. Schweden verkörpert eine Familienpolitik, die im Dienste einer Gleichstellungspolitik steht und das Wohl des Kindes mit Geschlechtergleichheit im privaten wie im öffentlichen Raum verbindet.

Französische Familienpolitik hat Vor-

bildcharakter in der Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und blickt im europäischen Vergleich auf die längste Tradition öffentlicher Betreuungseinrichtungen zurück: Seit 1881 gibt es die écoles maternelles, das sind freiwillige Vorschulen für die Drei- bis Sechsjährigen, die zum öffentlichen Schulsystem gehören und beitragsfrei sind. Später kamen Krippen hinzu. Über 90 Prozent der Kinder besuchen eine école maternelle, rund 20 Prozent eine Krippe. Parallel dazu fördert der Staat die Einstellung von „registrierten“, d. h. sozialversicherten Tagesmüttern, indem die Kosten durch Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge, durch einen Betreuungsbetrag oder durch steuerliche Maßnahmen bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes teilweise übernommen werden. Voraussetzung ist, entsprechend dem Leitbild der erwerbstätigen Mutter, die Berufstätigkeit beider Eltern.

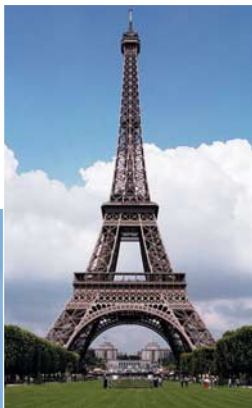
Elterngeld für jedes Kind

Leitbild und die Förderungsstruktur ändern sich jedoch seit den 80er-Jahren. Erstmals unterstützt Familienpolitik

auch den (zeitweisen) beruflichen Ausstieg für die Kindererziehung, und zwar mit einem Elterngeld (APE), das ganz in der bevölkerungspolitischen Tradition zunächst erst ab dem dritten Kind galt, seit 2004 für jedes Kind in Anspruch genommen werden kann. Das neue Motto „Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung“ soll die häusliche Erziehung durch Eltern (gemeint sind allerdings vor allem Frauen) fördern. Untersuchungen der französischen Familienkasse (CNAF) zeigen, wie die Wahlfreiheit genutzt wird: Geringqualifizierte und arbeitslose Frauen nehmen häufig das Elterngeld in Anspruch und kehren nach der Erziehungszeit nur zu 50 Prozent auf den Arbeitsmarkt zurück; gut qualifizierte Frauen greifen auf Kinderkrippen oder Tagesmütter und auf die écoles maternelles zurück; leitende Angestellte (cadres) mit den längsten Arbeitszeiten stellen häufig Tagesmütter ein, um gegenüber den festen Öffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen unabhängig zu sein. Die Vielfalt familienpolitischer Instrumente und die starke Rolle des Staates – der sich idealtypisch als der beste Pädagoge sieht – entlasten auch in moralischer Hinsicht erwerbstätige Mütter. Ihnen wird nicht die Lust an der Berufstätigkeit genommen. Allerdings beruht dieser „Vereinbarkeitsfortschritt“ auf einem Deal zwischen den Frauen und dem Staat, der Männer als Väter entlastet. Erst der 2002 eingeführte 14-tägige Vaterurlaub weist mit seiner überraschend hohen Inanspruchnahme in eine neue Richtung.

Von Gleichheit „besessen“

Schwedische Familienpolitik muss im Kontext einer Gesellschaft gesehen werden, die von der Herstellung von Gleichheit geradezu „besessen“ ist: Gleichheit in sozialer, in ethnischer, religiöser und weltanschaulicher Hinsicht und natürlich auch zwischen Männern und Frauen. Weil die Gleichstellungspolitik alle Politikfelder beherrscht, ist das Ziel der Geschlechtergleichheit dort kein marginales, sondern fest in der schwedischen Gesellschaft verankert. Seit den 70ern gilt das Leitbild einer Er-



Fotos: Imagago



werbsarbeitsgesellschaft, gleichermaßen für Männer und Frauen, das weit mehr als „Arbeit für alle“ meint. Das Konzept ist eng verknüpft mit zivilgesellschaftlichen Auffassungen von Staatsbürgerschaft, die sowohl dem Einzelnen als auch dem Staat eine aktive Rolle zuschreibt: Männer und Frauen sind verpflichtet, für ihre Existenz über Erwerbsarbeit selbst zu sorgen. Schweden weist in der EU nicht nur die höchsten Erwerbsquoten, sondern auch den geringsten gender-gap (*Geschlechtsunterschied, d. Red.*) in der Arbeitsmarktbeteiligung auf. Der Staat kümmert sich im Gegenzug um die Betreuung der Kinder, indem er für ihre Erziehung Ressourcen, Strukturen und pädagogische Konzepte bereitstellt.

Gemeinsame Balance

Weil das Leitbild einer Geschlechterdemokratie konsensfähig ist, akzeptiert die schwedische Gesellschaft ungleiche Ressourcenverteilung, sofern sie diesem Ziel dient.*

Ein Beispiel hierfür ist das Konzept des Elterngeldes. Bereits im Jahr 1974 hat die Regierung alle Familienleistungen, die sich ausschließlich an Frauen wenden – Mutterschaftsurlaub – zu Gunsten geschlechtsneutraler Leistungen aufgeben und durch Elterngeld und Elternurlaub ersetzt. Beide Elternteile werden dafür verantwortlich gemacht, Kindererziehung und beruflichen Einsatz gemeinsam auszubalancieren. Der Staat „hilft“ lediglich ein wenig pädagogisch nach, indem er Eltern vorschreibt, wer für welche Zeit welchen Part in der Kindererziehung zu übernehmen habe. Nach dem Motto „choose it or lose it“ sind von den 18 Monaten Elternurlaub zwei Monate ausschließlich den Vätern reserviert. Gleichzeitig definiert der Staat Kindererziehungszeiten als ein soziales Risiko, das zu Berufsunterbrechungen und zu Lohnneinbußen führt. Aufgabe der Familienpolitik sei es deshalb, erziehungsbedingt ausgefallenen Lohn durch ein Elterngeld in Form einer Lohnersatzleistung zu erstatten. Das zu enge Zeitbudget erwerbstätiger Eltern geht der Staat ebenfalls an, indem Eltern das Recht erhalten, ihre täglichen Arbeitszeiten um maximal zwei Stunden (ohne Lohnausgleich) bis zum achten Lebensjahr des Kindes zu reduzieren. Die hohen Geburtenraten in Schweden zeigen, dass diese Praxis erfolgreich ist.

Mechthild Veil

* Anm. d. Red.: Siehe auch Mechthild Veil: *Aufholbewegung in der Familienpolitik? Modelle Schweden und Frankreich und die deutschen Defizite*. In: *Kommune*, Heft 2/2006.



Fotos: Horst Rüdiger

Es tut sich was – doch zu langsam

Familiengerechte Hochschule: Beispiel Uni Hohenheim

Familiengerechte Bildungseinrichtungen sind Mangelware. Auch in Baden-Württemberg. Schulen, die sich mit Programmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf hervortun, muss man wie die Stecknadel im Heuhaufen suchen. Selbst im PISA-Mustertlände. Aufgefallen sind bisher nur Hochschulen, die zwar noch einen zweiten Weg zu familien- und frauenfreundlichen Institutionen vor sich haben, doch immerhin sind hier erste Schritte eingeleitet. Ein Beispiel ist die Universität Hohenheim.

Regina Cugat Schoch braucht zu Fuß nur eine Viertelstunde, bis sie mit ihrer Tochter Alice in der Kindertagesstätte auf dem Campus der Universität Hohenheim angekommen ist. Heute will die Kommunikationswissenschaftlerin möglichst früh im Büro sein, denn in der Pressestelle wartet ein wichtiges Projekt auf sie. Zur Öffnungszeit um acht Uhr sind die beiden da. Alice bleibt gerne in der Kindergruppe. Sie ist als Dreijährige das älteste von zehn Kindern. Auf dem kurzen Fußweg zum Arbeitsplatz atmet Cugat

Schoch erst einmal kräftig durch. „Ich bin eine Aufräumerin und mache morgens im Büro schnell sauber und koche mir einen Kaffee“, sagt sie. Dabei wird sie das Gefühl nicht los, dass ihr Chef denkt: „Wann fängt sie endlich an?“ „Ich glaube, dass bei Teilzeitkräften genau geguckt wird, ob sie ihre Zeit produktiv nutzen.“

Die Uni Hohenheim ist die erste baden-württembergische Universität, die im Dezember 2004 mit dem Zertifikat „Familiengerechte Hochschule“ ausgezeichnet wurde. „Mit der Teilnahme am Audit wollen wir uns auch an die Spitze einer Bewegung zur Lösung höchst aktueller gesellschaftspolitischer Probleme stellen“, begründete der Rektor der Universität, Prof. Hans-Peter Liebig, das Engagement seiner Universität. Familienfeindliche Strukturen böten die Wahl, auf die wertvolle Ressource Eltern zu verzichten oder eines der gravierendsten gesellschaftlichen Probleme voranzutreiben, nämlich, dass Frauen auf Kinder verzichten.

„Kinderfeuerwehr“

Zwölf Zielvereinbarungen muss die Hochschule bis zur Rezertifizierung Ende 2007 umsetzen. Die Verstetigung der so genannten „Kinderfeuerwehr“ ist eine der bekanntesten davon. Von der

Putzfrau bis zur Professorin können alle die Notfallbetreuung vier Stunden am Tag in Anspruch nehmen. Innerhalb von wenigen Minuten springt eine Betreuerin ein und kommt notfalls zu einem kranken Kind nach Hause. Auch Cugat Schoch hat der Dienst schon aus der Klemme geholfen: Als sie vor einem Jahr kurz vor ihrem Diplom stand, wurde Alice prompt zur mündlichen Politikprüfung krank.

Die Campusferien zwei Wochen im Sommer und eine Woche in den Pfingstferien helfen Eltern mit schulpflichtigen Kindern bis elf Jahren, die 14 Wochen Schulferien aufzufangen. „Ältere Kinder finden die Campusferien uncool“, bedauert *Rotraud Konca*, Gleichstellungsreferentin der Uni Hohenheim. Ihr neunjähriger Sohn freut sich auf diese Ferien-einrichtung, in der zwanzig Kinder von Angestellten der Hochschule und zehn Kinder von Mitarbeitern der Stadt Stuttgart einen Platz finden.

Die Gleichstellungsreferentin weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es ist, Schulkinder ganztägig unterzubringen. Noch ist ihr Sohn in einem Hort an der Grundschule versorgt. Wenn er ab September aber auf ein Gymnasium geht, ist seine Betreuung nicht gesichert. Es gibt ein Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung bis 15 Uhr, sofern genügend Elternanträge zusammenkommen. Die restliche Zeit versucht Konca mit Arbeitsgemeinschaften abzudecken und meint: „Ideal wären ordentliche, flächendeckende Ganztagschulen. Damit wäre eine gute und planbare Betreuung der Kinder gewährleistet. Sie würde manches Sonderpro-

gramm zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf überflüssig machen.“

Das neue Kinderbetreuungsprogramm der Landesregierung Baden-Württemberg zählt dazu. Zur Landtagswahl Mitte März hat die regierende CDU einen Topf mit 1,5 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt, damit wissenschaftliches Personal an Hochschulen Familie und Beruf besser vereinbaren kann. Bis Dezember 2006 können alle Hochschulen an der Ausschreibung teilnehmen. „Wir werden auf alle Fälle mitmachen“, betont Konca. Ziel der Uni ist: mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zu schaffen und die Betreuungszeiten der Kitas abends zu verlängern.

Längere Öffnungszeiten wären für Cugat Schoch eine Entlastung. Sie arbeitet mit schwankender Stundenzahl bis zu 30 Stunden pro Woche. Oft rast sie kurz vor Schluss um 17 Uhr als letzte in die Kita. Dabei plagt die Wissenschaftlerin das schlechte Gewissen: „Wenn Alice den ganzen Tag in der Kita ist, hole ich ein knatschiges Kind ab, das bis zu einer Stunde braucht, bis es sich wieder fängt.“ Sie fühlt sich zerrissen zwischen Kind und Arbeit. Erschwerend kommt hinzu, dass die 38-Jährige einen Halbjahresvertrag hat und Bewerbungen schreiben muss. Bis ihr Kind in die Schule kommt, will sie im Ausland arbeiten – zumindest aber nicht in Bayern oder Baden-Württemberg. „Ich bekomme Panik, wenn ich nur daran denke, wie ich hier die Schulzeit von Alice bewältigen soll.“

Jetzt Chefsache

„Alles Bisherige ist ein Tropfen auf den heißen Stein, solange sich

die Struktur nicht ändert“, kritisiert *Dr. Dagmar Höppel*, Leiterin der Geschäftsstelle der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den wissenschaftlichen Hochschulen Baden-Württembergs. Sie beklagt die befristeten Verträge ohne Planungshorizont.

„Familienfreundlichkeit muss ein zentrales Anliegen jeder Einrichtung sein und soll nicht an die Gleichstellungsbeauftragte abgedrückt werden. Alle Akteure müssen an einen Tisch.“

Die Zertifizierung hat in Hohenheim den Blick darauf gelenkt. Familienvereinbarkeit ist dort jetzt Chefsache. Konca bestätigt, dass sich das Bewusstsein für Familien und deren Belange langsam, aber stetig wandelt. „Wir merken das, weil weniger Hilferufe von Studentinnen bei Prüfungen, Klausuren oder Praktika bei uns eingehen. Sobald Kinder im Spiel sind, sind die meisten Hochschullehrer offen.“

Ob die Zielvereinbarungen zur familienfreundlichen Hochschule auch die Einstellungspraktiken verändert haben, bleibt fraglich. Es gibt aber positive Beispiele: Professorin *Ruth Stock-Homburg* hat Ende letzten Jahres den Lehrstuhl für Unternehmensführung, Organisation und Personalwesen bekommen, obwohl sie mit dem zweiten Kind schwanger war. Die 33-jährige Wissenschaftlerin hatte im Ranking des Handelsblatts um den besten BWL-Professor den vierten Platz erreicht. Dass Stock-Homburg eine Überfliegerin ist, lässt Cugat Schoch als Gegenargument nicht gelten: Bei manchem Hartschädel hätte auch das früher nichts genutzt.“

Maria Jeggle



Regina Cugat Schoch mit Tochter Alice



Kita auf dem Campus der Uni Hohenheim: Entlastung für Studierende und Beschäftigte

Viel Arbeit mit der Arbeitszeit

E&W-Serie zum TVöD: Neue Arbeitszeitregelungen im TVöD



In jeder Ausgabe beschäftigt sich die E&W mit Fragen der Mitglieder zum neuen „Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst“ (TVöD). Diesmal erläutern wir die tariflichen Regelungen für flexible Arbeitszeiten. Hier haben die Tarifvertragspartner den Betriebsparteien eine besondere Rolle zugedacht. Es geht fast nichts ohne Betriebs- oder Dienstvereinbarung.

Bei Arbeitszeitfragen auf Betriebsebene dürfen Betriebs- und Personalräte schon immer mitreden, z. B. über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, Verteilung der Arbeitszeit auf die Wochentage oder Schichtarbeit. Der TVöD hat jedoch neue Instrumente eingeführt:

Arbeitszeitkorridor

Der TVöD erlaubt die Einführung eines Arbeitszeitkorridors von bis zu 45 Stunden/Woche. Das bedeutet, dass die Arbeitszeit in einer einzelnen Woche je nach Arbeitsanfall bis zu 45 Wochenstunden betragen kann. Die „regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“ (z. B. 38,5 bzw. 40 Stunden/Woche) muss nur im

(Jahres-)Durchschnitt erreicht werden. Innerhalb des Arbeitszeitkorridors gibt es weder „Mehrarbeit“ noch „Überstunden“ – der Arbeitgeber muss daher auch keine Überstundenzuschläge oder Ähnliches zahlen.

Rahmenzeit

Alternativ zum Arbeitszeitkorridor können die Betriebsparteien eine tägliche Rahmenzeit von bis zu zwölf Stunden in der Zeit von 6 bis 20 Uhr vereinbaren. Auch hier muss die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit nur im Mittel über (maximal) ein Jahr erreicht werden. Innerhalb der Rahmenzeit fallen weder Mehrarbeit noch Überstunden an – auch hier spart der Arbeitgeber also Zuschläge.

Der Unterschied: Beim Arbeitszeitkorridor ist nicht festgelegt, wann gearbeitet wird, sondern nur eine bestimmte Stundenzahl pro Woche. Bei der Rahmenzeit ist dagegen der Zeitraum festgelegt, innerhalb dessen die Arbeit zu erledigen ist (z. B. „täglich zwischen 7 Uhr und 19 Uhr“).

Arbeitszeitkonten

Auf einem Arbeitszeitkonto können Überstunden „angespart“ und bei Bedarf wieder verbraucht werden. Ob es

Arbeitszeitkonten gibt und wer wann wie viele Stunden ansparen oder entnehmen darf, müssen die Betriebsparteien vereinbaren. Im Tarifvertrag ist nur eine Höchstzahl von 40 Minusstunden festgelegt.

Von den Betriebspartnern können auch weitere Quellen für das Arbeitszeitkonto festgelegt werden, wie die Umwandlung von Zeitzuschlägen (z. B. Überstunden-, Nacht- oder Wochenendzuschläge) in Arbeitsstunden, die auf dem Konto gutgeschrieben werden.

In Bereichen, in denen Betriebe wirtschaftlich arbeiten müssen, sind Arbeitszeitkonten gegen Insolvenz zu sichern.

Ohne Betriebs- oder Dienstvereinbarung kann es kein Arbeitszeitkonto geben. Einzelne Beschäftigte können nicht zum Arbeitgeber gehen und für sich persönlich ein Arbeitszeitkonto fordern.

Bei einem Arbeitszeitkorridor und einer Rahmenzeit muss ein Arbeitszeitkonto eingeführt werden, weil andernfalls eine „Verbuchung“ von noch nicht ausgeglichenen zusätzlichen Arbeitsstunden nicht möglich wäre. Arbeitszeitkonten können aber auch ohne Arbeitszeitkorridor bzw. Rahmenzeit eingeführt werden.

Alleingänge ausgeschlossen

Die neuen Arbeitszeitinstrumente darf der Arbeitgeber nur einführen, wenn sie durch Betriebs- bzw. Dienstvereinbarung umgesetzt und ausgestaltet werden.

In etlichen Bundesländern sehen die Personalvertretungsgesetze jedoch vor, dass der Arbeitgeber alleine entscheiden darf, wenn er sich mit seinem Personalrat nicht einig wird. Für den Fall haben die Tarifvertragsparteien vorgesorgt: Der TVöD schließt aus, dass der Arbeitgeber allein entscheidet. In diesem Fall können die neuen Instrumente nur durch einen auf Landesebene abgeschlossenen Tarifvertrag eingeführt werden. Dadurch ist die Mitwirkung der Gewerkschaften sichergestellt.

Gesa Bruno-Latocha / Peter Jonas



GEW-KEIN ABSTURZ DES FLÄCHENTARIFVERTRAGES

Kein Absturz des Flächentarifvertrages ...

Foto: Journalistenbüro Büttner

... stand auf einem riesigen Transparent, mit dem ein Flugzeug zwei Stunden am Schweriner Himmel kreiste. Gleichzeitig nahmen auf dem Platz vor der Staatskanzlei etwa 800 Landesbeschäftigte an einer Streikversammlung teil.

Wie in einer Reihe weiterer Länder beteiligten sich nach der Osterpause mehrere tausend Kolleginnen und

Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern an den landesweiten Streiks am 25. und 26. April, da die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) bis Redaktionsschluss der E&W noch immer keinen konkreten Verhandlungstermin in Aussicht gestellt hatte. Nach einer Reihe von Gesprächen mit der TdL ließ Verhandlungsführer *Hartmut Möllring* (CDU) mitteilen, dass er für Anfang Mai die Aufnahme von Verhandlungen prüfe.

Die Streiks und Aktionen, die seit dem 6. Februar andauern, zeigen Wirkung. Im Saarland droht dem Land die Zahlungsunfähigkeit, da die Finanzkassen und die Zentrale Datenverarbeitung bestreikt werden. In einigen Ländern sind Statistische Landesämter im Streik. Nicht zuletzt verlieren die Länder durch die Streiks an den Unikliniken Millionen-Einnahmen. Nur noch wenige Volksvertreter – wie TdL-Verhandlungsführer Möllring – halten den zunehmenden Druck für ein kleines Problem. Das ist Folge der anhaltenden Streiks. Auch in der Woche nach Ostern gingen diese im Saarland, in Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern weiter. Aber auch mit den

Mahnwachen vor Staatskanzleien und Wahlkreisbüros der Ministerpräsidenten wurde der Druck auf die Länder verstärkt.

In den vergangenen Wochen hat es eine Reihe von Gesprächen mit Ministerpräsidenten und Fachministern der Länder zur Lösung des Tarifkonfliktes gegeben. Ziel war, einen Verhandlungstermin auf einer inhaltlichen Grundlage zu vereinbaren, die es ermöglicht, zu einem Tarifabschluss zu kommen. Die Gewerkschaften machen Druck, dass es spätestens Anfang Mai zu Verhandlungen kommt.

Kein Abschluss um jeden Preis

Dass die Gewerkschaften verhandlungsbereit sind, haben sie bereits in der Runde Anfang März gezeigt. Das war den Arbeitgebern nicht genug. Sie wollten ihre vordergründigen Ziele – Arbeitszeiterhöhung und Streichung der Sonderzuwendung – mit allen Mitteln durchsetzen.

Die kommunalen Abschlüsse in Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg haben gezeigt, dass Lösungen in Verhandlungen möglich sind, wenn beide Seiten Kompromissbereitschaft zeigen. Für die Länder ist ein entsprechender Abschluss möglich, wenn die Blockierer auf Arbeitgeberseite ihre starre Haltung endlich aufgeben.

Es geht um mehr

Längst haben die Beschäftigten in den Ländern erkannt, dass es einer Reihe von Unions-Politikern wie *Edmund Stoiber, Roland Koch* und *Christian Wulff* nicht allein um die Erhöhung der Arbeitszeit und die Streichung der Sonderzuwendung geht. Sie wollen den Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst zerschlagen. Dann können die Herren der Länder den Beschäftigten einseitig

diktieren, wer wie lange und für welches Geld arbeitet.

Mit der Föderalismusreform bekommen sie diese Macht über die Landesbeamtinnen und -beamten auf dem Silbertablett präsentiert.

Die Gewerkschaften haben gegen diese Form der Arbeitgeberwillkür nur ein wirksames Mittel: den Streik.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat es einen Streik gegeben, der so erbittert, so lange und so ausdauernd ausgetragen wurde wie dieser.

Bei Redaktionsschluss waren es bereits zwölf Wochen, in denen Kolleginnen und Kollegen auf Teile ihres Einkommens verzichtet, Hektik, Stress und Anfeindungen hingenommen haben, um diesen Zentralangriff auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen abzuwehren. Sie kämpfen dafür, dass die Errungenschaften des Sozialstaates erhalten bleiben. Eine GEW-Kollegin zitierte dazu auf der Kundgebung in Schwerin Goethe, der den alten Faust im gleichnamigen Drama sagen lässt: „Ein Sumpf zieht am Gebirge hin, verpestet alles schon Errungene, den faulen Pfuhl auch abzuzieh'n, das Letzte wär' das höchst Errungene.“

Die GEW war in diesen Wochen im Streik deutlicher sichtbar als je zuvor. Viele Kolleginnen und Kollegen haben zum ersten Mal in ihrem Leben gestreikt. Sie haben dabei nicht nur erfahren müssen, dass sie z. B. in Boulevardblättern und von politischer Seite als pädagogisch verantwortungslos beschimpft wurden.

Sie haben auch gelernt, sich gegen die Vorwürfe gerade von denjenigen, die die Verschlechterung der Lern- und Ausbildungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen zu verantworten haben, zu wehren.

Ilse Schaad



Die soziale Zeitbombe tickt

Das Beispiel der Berliner Hauptschulen

Im November 2004 wurden die ersten Zahlen des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung bekannt. Dieser zeigte, dass sich die sozialen Unterschiede in Deutschland kontinuierlich weiter verschärft haben – trotz Rot-Grün und anfänglichen Veränderungen. Dem Bericht zufolge leben weit über eine Million Kinder im Sozialhilfefamilien. Gleichzeitig vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über den mangelnden Kinder-nachwuchs in Deutschland geklagt wird.

Vermutlich machen es sich viele Menschen nicht klar, was es heißt, von monatlich 345 Euro Grundsicherung leben zu müssen. Gleichzeitig ändert sich an der hohen Arbeitslosigkeit nichts – außer, dass es immer mehr Jobs

gibt, deren Entlohnung nicht ausreicht, um der Armut entkommen zu können. Eine spiegelverkehrte Entwicklung gibt es auf der anderen Seite. Der Reichtum wächst ebenso wie die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen. In den USA ist diese Entwicklung schon genauer und deutlicher von den dortigen Ökonomen, z. B. Paul Krugman, kurz und bündig so beschrieben worden: „Vom Millionär zum Milliardär“! Viel wird getan, um eine ernsthafte gesellschaftliche Debatte über die Folgen dieser Entwicklung und mögliche politische Reaktionen darauf zu verhindern. Die Kauders, Westerwelles, Sarrazins und Metzgers geben sich große Mühe, um davon abzulenken. Aber die mit einer immer ungerechter werdenden Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums verbundenen Probleme lassen sich nicht ganz wegsperren. Ein Berliner Hauptschulkollegium hat mit seinen offenen

Problemschilderungen Furore gemacht. So etwas Ähnliches hat es zu anderen Zeitpunkten auch schon gegeben, aber aus einer Reihe von Gründen haben die Medien diesmal heftig darauf reagiert. Die Zeit war reif dafür.

Für Tage wird die schwierige soziale Situation der Berliner Hauptschüler ins gleißende mediale Licht gerückt. Das Wort „Perspektivlosigkeit“ macht die Runde. Ich halte es für wichtig, sich damit genauer auseinander zu setzen.

Nicht ausbildungsreif?

Da ist zum Beispiel Pawel. Er kommt aus Kasachstan, hat aber einen deutschen Pass. In seinem Geburtsland ist er schon sechs Jahre zur Schule gegangen, aber Deutsch, das ist schwierig und neu. So ein Kind landet natürlich auf der Hauptschule. Eifrig, entsprechend des Wunsches seiner Eltern auf rasche Integration, macht er sich ans Werk und in den Praktika wird ihm bescheinigt, dass er die anstehende Arbeit nicht nur erkennt, sondern sie auch noch unaufgefordert erledigt. Das ist für einen pubertierenden Jugendlichen eine enorm hohe Auszeichnung. Dummerweise aber haben die Betriebe, die ihm die Praktika angeboten haben, keine Ausbildungsplätze. Die zuständigen Mitarbeiter hätten ihn mit Kusshand genommen. Deshalb muss Pawel auf dem „freien“ Arbeitsmarkt nach einem Ausbildungsplatz suchen. Er erntet reichlich Ablehnungen, auch bei öffentlichen Stellen. Er spricht, schreibt und liest Deutsch nicht gut genug. „Nicht ausbildungsreif“ ist der Stempel, den er verpasst bekommt. So etwas können sich die Arbeitgeber in einer Region mit nahezu 20 Prozent Jugendarbeitslosigkeit locker leisten. Sie finden immer jemand anderen und Pawel muss schon großes Glück haben, um an einen Arbeitgeber zu geraten, der bereit ist, Pawels Integration in das deutsche Umfeld wohlwollend zu unterstützen.

Das spricht sich rum. Und bleibt nicht folgenlos. Hier werden nachhaltig Werte und Orientierungen gelernt. Jugendliche machen die bittere Erfahrung, durch eigene Anstrengung und eigenes Bemühen dem Schicksal, in das sie hineingeboren wurden, nicht entgehen zu können. Wozu sich dann noch anstrengen, wenn es eh nichts nutzt? Dann doch lieber cool bleiben: „Wenn die uns nicht wollen – wir wollen sie auch nicht!“

Noch richtet sich die Aggression vor allem gegen sich selbst und ihresgleichen. Alkohol und Missbrauch anderer Drogen, Schlägereien untereinander aus nichtigem Anlass wie Langeweile, Sach-

Cartoon: Reinut Woessner

beschädigungen in ihrem Umfeld bestimmen noch das Bild. Aber es gibt Anzeichen für Veränderungen. Schon werden z. B. Talk-Teilnehmer in diesem Milieu gefunden, die ein Leben propagieren, das sich vom Anfang bis Ende auf den Bezug von Sozialhilfe stützt und jede gesellschaftliche Verantwortung für sich und andere ablehnen. Wir nehmen uns, was wir kriegen können – basta! Hier hat die Gesellschaft vollends versagt und verloren.

Nur, wenn das ein armer Schlucker mit Wut im Bauch, martialisch geschminkt und mit wirrem Blick vorträgt, wirkt das für viele abstoßend. Sie haben Angst und rufen nach der „harten Hand“ und der Polizei. Dabei gibt dieser verzweifelte Mensch nur das wieder, was tagtäglich an der Spitze der Gesellschaft – allerdings auf einem ganz anderen Niveau – vorgelebt wird. Als Beleg für diese These zitiere ich jemanden, der es wissen muss. *Michael Müller*, Ex-Vize Fraktionschef der SPD und heutiger Umweltstaatssekretär, sagte angesichts der Ölpreisentwicklung: „Die Energiekonzerne sind das größte Machtzentrum der Welt. (...) Diese Konzerne kennen nur die Maßlosigkeit.“ Hinzuzufügen ist übrigens nur, dass mittlerweile auch ein ehemaliger SPD-Vorsitzender zum illustren Kreis der maßlosen Gesellschaftserpreser als Aufsichtsratsvorsitzender eines dieser Konzerne gehört.

So werden Wertvorstellungen gebildet und vorgelebt, gegen die jede noch so engagierte und wohlmeinende Erziehung schwerlich ankommt.

Ich weiß nicht, was noch alles passieren muss, damit sich in dieser Gesellschaft eine breite Bewegung entwickelt für den Erhalt und den Ausbau einer sozialen Demokratie, die keinen Platz und keine Toleranz lässt für raffgerigen Egoismus auf Kosten der Allgemeinheit. Für eine Reihe von Tagen nach den Presseveröffentlichungen zu den Berliner Hauptschulen war für uns im Bildungsbereich zu spüren, dass viele in der Gesellschaft eine politische Änderung wollen. Es liegt an uns, konkrete Vorschläge und Angebote für diese Veränderung zu machen.

Weiche stellen

Bildung wird für den Zusammenhalt und das Funktionieren dieser Gesellschaft immer wichtiger. Dabei geht es um Bildung im umfassenden Sinne und lebenslang. Schulen z. B. müssen in die Lage versetzt werden, sich in den Stadtteil zu öffnen, nicht nur für den Auf- und Ausbau der Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Vielmehr geht es auch um

den Kontakt mit den Eltern. Schulen sollten Angebote für die Fort- und Weiterbildung der Eltern – nicht nur in Erziehungsfragen, aber damit unbedingt beginnend – machen können.

Und weil Bildung immer wichtiger wird, muss diese Gesellschaft wirklich eine entscheidende Weiche anders stellen. Wir brauchen eine optimale Förderung aller Kinder und Jugendlichen bis in die Aufnahme einer geregelten Arbeit hinein. Ich betone hier ausdrücklich aller Kinder und Jugendlichen. Die Gesellschaft muss die Blickrichtung ändern. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, Potenziale nicht zu erschließen. Überall wird in den Medien über die demografische Entwicklung gejammert, aber selten wird die daraus einzig möglich Konsequenz gezogen, dass wir für eine demokratische und zukunftsfähige Gesellschaft die Schaffenskraft, die Kreativität und das Vermögen aller brauchen. Alle müssen bereit und fähig sein, aufeinander zuzugehen und sich gegenseitig zu unterstützen. Mit einer Ausbildung von isolierten und kommunikationsunfähigen Eliten, die sich auf ein Leben in dafür vorgesehenen Luxusghettos vorbereiten, werden wir zwar die Fähigkeit zur intelligenten Erpressung der Gesellschaft steigern können – mehr aber nicht.

Eine Schule für alle ist unser Ziel und unsere Antwort. Kein Kind, kein Jugendlicher sollte aus körperlichen oder Schulleistungsgründen von einer Schule verwiesen werden können. Vielmehr sind die Schule und die Lehrerinnen und Lehrer in die Lage zu versetzen, z. B. durch eine multiprofessionelle Personalbesetzung der Schulen allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden und sie alle angemessen fördern und fördern zu können. Intelligenz ist nicht statisch. Sie kann beeinflusst werden.

Diese Perspektive gibt eine klare Orientierung für den aktuellen Konfliktfall, der am Beispiel der Berliner Hauptschulen ins Gespräch gekommen ist. Wir können und wollen uns nicht daran beteiligen, dass die gesellschaftlichen Maßstäbe immer unsozialer werden. Die betroffenen Jugendlichen brauchen heute eine Chance. Ihre Situation und die Arbeitsbedingungen ihrer Lehrerinnen und Lehrer müssen sich hier und heute bessern.

Doch damit sieht es finster aus. Ausgerechnet der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Klaus Wowereit*, einer der letzten verbliebenen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, stellt in einem Interview fest, dass die Berliner Hauptschulen schon heute überausge-

stattet seien. Es wäre lediglich eine Frage des richtigen Schulkonzeptes, um mit den Problemen fertig zu werden! Das sagt das Oberhaupt eines rot-roten Senats! Seine Aussage zeigt, wie lang und schwierig unser Weg noch ist!

Richtig ist, dass einige Berliner Hauptschulen nicht so krass von den Problemen betroffen sind wie die Rütli-Schule. Richtig ist auch, dass dies zumeist einhergeht mit einem außergewöhnlich hohen Engagement des jeweiligen Kollegiums, das beizeiten besondere Bedingungen erstritten hat.

Nun sind die Kassen noch klammer und die bereitgestellten Töpfe wurden schon mehrfach erfolglos nach irgendwelchen Resten durchstöbert.

Wer sich jetzt hinstellt, und Unterstützung verweigert – weshalb ja die Kolleginnen und Kollegen der Rütli-Schule ihren Hilferuf verschickt haben –, der stellt die Hauptschulen gegeneinander und löst gar nichts, sondern bringt die vorhandene gute Arbeit nur zusätzlich in Gefahr.

Zeit für pädagogische Fragen

Wenn aus den vorhandenen guten Konzepten etwas gelernt werden kann, dann ist es vor allem nötig, den Kollegien wieder die Möglichkeit zu geben, sich um pädagogische Fragen auch kümmern zu können. Dafür muss Zeit zur Verfügung stehen, Zeit, die mit den ständigen Pflichtstundenerhöhungen der letzten Jahre aufgeessen wurde. Ein Neuaufbruch kann nur mit Reduzierung der zu hohen Pflichtstundenzahl wirklich gelingen.

Die Schülerinnen und Schüler, die jetzt noch bis zu einer gesellschaftlichen Weichenstellung für eine Schule für alle in den Hauptschulen ausgesondert verbleiben, haben ein Recht auf angemessene Unterstützung. Wer möglichst viele von ihnen fördern und erreichen will, wird dafür sorgen müssen, dass

- in jeder Klasse der Unterricht von zwei Lehrerinnen oder Lehrern (Doppelsteckung) durchgeführt wird,
- eine Klassenfrequenzobergrenze von 18 Schülerinnen und Schülern eingehalten wird,
- Schulsozialstationen eingerichtet werden und
- Mittel für verbindliche Elternarbeit bereitgestellt werden.

Diese Bedingungen für die Hauptschulen sollten der Maßstab für die Ausstattung aller Schulen in sozialen Brennpunkten sein, um sich rasch und nachhaltig positiv verändern zu können.

*Ulrich Thöne,
Vorsitzender der GEW*



**Ulrich Thöne,
Vorsitzender der
GEW**

Am Ende der Sackgasse

Abschaffung der Hauptschule bereitet den Weg für „Eine Schule für alle“

Wofür steht die Rütli-Schule, jene Berliner Hauptschule, deren schriftlicher Hilferuf an die Schulaufsicht zuerst ungehört bleibt und die dann – als eine Berliner Zeitung den Brief veröffentlicht – zu einem bundesweiten Medien-Ereignis wird? Die aber ebenso schnell wieder uninteressant wird, als Kanzlerin Merkel (CDU) einen Integrationsgipfel als Beitrag zur Problemlösung in Aussicht stellt und ein dynamischer, wenn auch provisorischer Schulleiter die Szene betritt, dem man eine Beruhigung der Lage zutraut. Nicht vergessen werden sollte: Die Rütli-Schule bündelt die zentralen Probleme, an denen unser Bildungs- und Gesellschaftssystem krankt.

Wie im Brennglas sind – nach dem Aufschrei des Rütli-Kollegiums – viele Aspekte öffentlich sichtbar geworden: welche Probleme junge Menschen haben und machen, die beruflich ohne Perspektive und oft auch ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sind. Wie unser

selektiv gegliedertes Schulsystem an seinem unteren Glied, der Hauptschule, implodiert. Wie eine verfehlt Migrationpolitik in Verbindung mit einer ebenso verfehlten Stadtentwicklungsplanung die Probleme der Hauptschulen unerträglich zuspitzt. Wie ein Lehrerkollegium den Mut hat, die eigene Hilflosigkeit einzugestehen. Welche Unfähigkeit und Ignoranz bei Schulaufsicht und politischer Führung zu Tage treten können, wenn zur Lösung der geballten Schulprobleme ihr rasantes Handeln gefordert ist. Wie aus der Hauptschulproblematik im Handumdrehen von konservativen Politikern ein Migrant problem gemacht und Integration mit der Androhung von Ausgrenzung und schärferen Strafen (Sonderschulen von Anfang an, Schnupperknast) erzwungen werden soll. Wie erbärmlich wenig dem von Seiten der Sozialdemokratie entgegen gesetzt wird.

Gewaltthema vorne

Die eigentliche Sensation für die Medien waren drei Aspekte: Gewalt an Schulen, die (fehlgeschlagene?) Integration von „Ausländern“ und die Zukunft der Hauptschulen. Wobei in den ersten

Tagen die „Zukunft der Hauptschulen“ im Mittelpunkt des Medieninteresses stand und vielfach Forderungen nach „Abschaffung der Hauptschulen“ laut wurden. Das Kollegium der Rütli-Schule selbst hatte in seinem Brief die zutreffende Einschätzung gegeben:

„Wenn wir uns die Entwicklung unserer Schule ansehen, müssen wir feststellen, dass die Hauptschule am Ende der Sackgasse angekommen ist und es keine Wendemöglichkeit mehr gibt. Welchen Sinn macht es, dass in einer Schule alle Schüler gesammelt werden, die weder von den Eltern noch von der Wirtschaft Perspektiven aufgezeigt bekommen?“

Doch schnell hatte das konservative Deutschland erkannt, dass es fortan um die Verteidigung des traditionellen Schulwesens gehen würde und folglich die öffentliche Debatte dringend eine andere Wendung nehmen sollte. Infolgedessen rückte man das Gewaltthema in Verbindung mit vermeintlich integrationsunwilligen Migranten in den Vordergrund. Die Sündenböcke für die Misere vieler Hauptschulen waren gefunden.

In einer Telefon-Blitzumfrage hatte das Meinungsforschungsinstitut infratest dimap im Auftrag der ARD zudem – zeitlich passend – herausgefunden, dass sich die Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit gegen die Auflösung der Hauptschule ausspricht.

Die harsche Ablehnung überrascht auf den ersten Blick, ist doch die Zustimmung zum längeren gemeinsamen Lernen in einer Schule für alle ansonsten deutlich höher und bewegt sich je nach Fragestellung zwischen 44 Prozent und 67 Prozent. Für eine „stärkere Zusammenarbeit“ von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sprachen sich 2004 in einer Repräsentativbefragung des Instituts für Sozialforschung Dortmund sogar 79 Prozent aus. Aber die Berichte über die vermeintliche „Hass-Schule“, wie die Boulevardzeitungen titelten, verfehlten offenbar ihre Wirkung nicht. Nein, wenn das die Realität von Hauptschulen ist, so werden sich die Befragten gedacht haben, möchte man mehrheitlich doch lieber die Hauptschulen behalten, damit sich vor allem dort die Probleme konzentrieren. Dass solche Problemkonzentrationen dann Ausgrenzen, Isolieren, härtere Gangart als vermeintlich einzige wirkungsvolle „Pro-



Cartoon: Thomas Pfaffmann

blemlöser“ nach sich ziehen, wird in Kauf genommen.

Richtig ist sicher, dass die Auflösung von Hauptschulen nicht die Lösung aller Probleme ist. Genügend Lehrstellen, ein gesicherter Aufenthaltsstatus und eine sozial verträgliche Stadtplanung sind dadurch nicht zu bekommen. Aber ob sie nicht zumindest einen Schritt in Richtung „Eine Schule für alle“ wäre und allemal besser als der gegenwärtige Zustand, darüber muss diskutiert werden.

Offene Wunde

Hauptschulen und Sonderschulen für Lernbehinderte sind die offene Wunde des deutschen Schulwesens. Auch wenn politische Mehrheiten für grundsätzliche Veränderungen derzeit nicht in Sicht sind – ein Freibrief für Gleichgültigkeit, Resigna-

tion und Untätigkeit darf das nicht sein. Schulen in Not müssen sofort wirkungsvolle Unterstützung erhalten. Doch selbst die großzügigste Unterstützung kann das Grundproblem von Restschulen nicht beheben: ein Sammelbecken für die „Unbrauchbaren“, die angeblich „Ausbildungsunfähigen“ zu sein. Alle diese Schulen brauchen deshalb die Gewissheit, dass man sie und ihre Schülerinnen und Schüler nicht auf Dauer diesem Schicksal überlässt. Wer Ausgrenzung und die doppelte Diskriminierung der bereits durch ihre Herkunft benachteiligten Jugendlichen nicht hinnehmen will, muss sich wie die GEW konsequent für individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen in einer Schule für alle einsetzen.

Marianne Demmer

GEW weist auf Problemfelder hin

Die GEW hat in einer ersten Stellungnahme für die Presse auf sieben Problemfelder hingewiesen, die durch die Rütli-Schule erneut offenkundig geworden sind und dringend bearbeitet werden müssen. Sie sind unter http://www.gew.de/Binaries/Binary16492/GEW-Positionen_Integration.pdf herunter zu laden.

Die wichtigsten Essentials kurz zusammengefasst:

- Bildung als Schlüssel zur Integration: garantiertes Recht auf allgemeine Bildung und berufliche Ausbildung – unabhängig von Aufenthaltsstatus und Ausbildungsplatzangebot (voll qualifizierende Ausbildung in beruflichen Schulen und außerbetrieblichen Lernorten);
- konstruktive Einwanderungspolitik, Integration als Prozess auf Gegenseitigkeit; Verzicht auf erzwungene Assimilation und kraftmeiernde Drohgebärden;
- Stadtplanung, die Ghettobildung vorbeugt, indem sie für sozial und ethnisch gemischte Wohnquartiere sorgt; lokale Netzwerke;
- Jugendhilfe- und Schulnetzplanung, die die Lebenswelten der Kinder und ihrer Familien in den Mittelpunkt stellt und sich besonders um die Integration des (bildungs-)armen Teils der Bevölkerung bemüht, gleichgültig ob deutscher oder nicht deutscher Herkunft;
- kontinuierliche Sprachförderung und interkulturelle Bildung als Aufgabe während des gesamten Bildungsprozesses; Sprachen der Migranten müssen in Kindertagesstätten und Schulen anerkannt und ordentliches Unterrichtsfach werden;
- interdisziplinäre Teams an Schulen (Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter, Psychologen, Künstler ...):
 - in gesicherten Arbeitsverhältnissen,
 - mit aufgabengerechter Aus- und Fortbildung für leistungs- und ethnisch gemischte Lerngruppen,
 - mit Kenntnissen in Konflikt- und Gewaltprävention,
 - mit angemessenen Arbeits- und Erholungszeiten und aktivem Gesundheitsschutz,
 - mit einer Bezahlung, die den besonderen Anforderungen Rechnung trägt.

Den Hinweis auf vermeintlich leere Staatskassen lässt die GEW nicht gelten. Wer rechnen kann, investiert rechtzeitig. Die Kosten für vorsorgende Maßnahmen sind um ein Vielfaches geringer als für „Nachsorge“ in Haftanstalten, Psychiatrien oder durch Sozialaufwendungen. MD



Foto: Michael Bahlo

Lehrerengagement, externe Hilfe, gute Rahmenbedingungen – das schafft nicht nur ein besseres Schulklima, sondern ermöglicht auch bessere Schulleistungen. Dennoch – die Hauptschüler im Bremer Schulzentrum Koblenzer Straße leben nicht in einer heißen Welt. Strukturprobleme und die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen können nicht durch noch so viel Einsatz der Lehrkräfte wettgemacht werden.

„Rütli“ ist nicht überall

Ein Bremer Schulzentrum hat Erfolg mit präventiven Maßnahmen

„Neukölln“ gibt es nicht nur in Berlin. Auch andere Großstädte haben ihre Problemstadtteile. Aber nicht überall herrschen Zustände wie an der Berliner Rütli-Hauptschule. Wenn Staat und Lehrkräfte an einem Strang ziehen, lässt sich auch unter schwierigen Bedingungen passabel Schule machen, wie das Bremer Schulzentrum Koblenzer Straße zeigt.

Wenn Direktor Gerd Menkens (59) in den Unterricht geht, nimmt er nicht extra ein Handy mit, um womöglich Beistand gegen rabiate Schüler herbeirufen zu können. Nein, so schlimm wie an der Berliner Rütli-Schule sind sie nicht, die Verhältnisse am kooperativen Sek-I-Schulzentrum „Koblenzer Straße“ in der Bremer Trabantenstadt Tenever – einem multikulturellen Hochhausgebirge mit Spitznamen „Klein-Manhattan“. Die Schülerschaft ist zwar ähnlich bunt wie in Berlin-Neukölln: Die knapp 700 Haupt-, Real- und Gymnasialschüler stammen zu 85 Prozent aus Migrantenfamilien; mehr als 40 Nationen sind

hier vertreten. Aber trotzdem ist daraus keine extrem explosive Mischung entstanden.

„Wir haben sehr früh begonnen, den Schülern zu spiegeln, wie wir miteinander umgehen wollen“, erzählt Menkens. „Denn in diesem Stadtteil können wir nicht auf gemeinsame Werte zurückgreifen, sondern müssen sie erst erschaffen.“

Freitags zum Beispiel tagt jeweils der Klassenrat. Da werden Probleme besprochen und Regeln vereinbart. Wer trotzdem wiederholt den Unterricht stört, muss in den Sozialtrainingsraum. Hier klärt eine Lehrkraft oder ein Sozialpädagoge mit ihm, was gerade passiert ist und welche Lehren er daraus zieht. Der Störenfried schreibt darüber ein Protokoll. Ist der Fachlehrer damit zufrieden, „ist der Fall erledigt“, sagt Menkens. Seine Devise: „Klare Rituale, klare Maßnahmen“.

Externe Psychologen helfen

Bei massiveren Störungen helfen externe Psychologen. Sie holen die Klienten nach der Schule ab und machen „therapeutische Spiele, um sie in ihrer sozialen Kompetenz zu stärken“, so Menkens. Sozialtraining, Gruppentherapie – das geht natürlich nur dank zusätzlicher

Gelder. Die „Koblenzer Straße“ hat das Glück, aus dem Bremer Landestopf für Ganztagschulen gefördert zu werden, zuletzt mit 190 000 Euro im Jahr. Das reicht nicht nur für Essenszuschüsse, sondern auch für die Bezahlung der Sozialpädagogen und Psychologen, die zudem aus einem Stadtentwicklungsprogramm mitfinanziert werden.

Neben den Profis übernehmen auch Schüler soziale Aufgaben. Einige werden zu Streitschlichtern oder Schulsanitätern ausgebildet. Andere sollen als „Scouts“ künftige Fünftklässler begleiten oder haben bereits eine Jugendleiterausbildung absolviert, um in den Pausen oder in Vereinen Sport anzuleiten. Menkens' Ziel ist es, „dass letztendlich fast alle Schüler soziale Verantwortung für Mitschüler übernehmen“.

Nicht immer war die „Koblenzer Straße“ so vorzeigbar. Bei der ersten innerdeutschen PISA-Studie schnitt die Schule laut Menkens „grottenschlecht“ ab. Die 55 Lehrkräfte mit Durchschnittsalter 50 wollten sich damit jedoch nicht abfinden und holten sich Anregungen von auswärts. Am meisten beeindruckte sie die „Offene Schule Kassel-Waldau“.

Nach deren Vorbild gibt es jetzt auch in Bremen-Tenever Jahrgangsteams. Das

Lehrerzimmer wurde abgeschafft zu Gunsten von dezentralen „Lehrerstützpunkten“ direkt neben den Klassen. Der Tag beginnt mit „Offenem Anfang“ und anschließendem Morgenkreis. Zwei Stunden pro Woche steht „Freies Lernen“ auf dem Plan, zwei weitere Stunden die „Lernwerkstatt“, in der die Schüler „besonders gefordert und gefördert“ werden.

Eine Lehre aus PISA war die Bedeutung der deutschen Sprache. Die „Koblenzer Straße“ bot deshalb zunächst zusätzliche Deutschstunden an. „Aber das war nicht erfolgreich“, erzählt Menkens. Viel sinnvoller erschien ein anderer Ansatz: Theater spielen. Mit kleinen Stücken für Elternabende oder Schulentlassungsfeiern lernen die Jugendlichen jetzt spielend Deutsch. Eine weitere Methode: Die Deutschlehrer notieren für jeden nachhilfebedürftigen Schüler, wo seine Schwächen liegen. Mit dem Zettel geht er oder sie dann zu einem jener zwölf Lehramtsstudenten, die von der Schule engagiert wurden, um nachmittags Nachhilfe zu geben (außerdem helfen sie beim Einstudieren der Theaterstücke, wofür zudem externe Theaterleute angeheuert wurden - alles mit Ganztags-Mitteln).

Chance für Lernschwache

Wer trotz alledem auf der Strecke zu bleiben droht, bekommt eine letzte Chance: Für versetzungsgefährdete Kinder bietet Bremen „Ostercamps“ an, ein Zusatztraining in den Ferien. Viel Förderung – viel Erfolg: Laut

Menkens ist die Sitzenbleiberquote innerhalb eines Jahres von 16 auf zehn Prozent gesunken. „Aber das liegt nicht nur an den Maßnahmen“, meint der Direktor. „Die Schüler identifizieren sich mit dieser Schule. Früher haben sie sich mehr oder weniger geschämt; jetzt sind sie allmählich stolz, auf diese Schule zu gehen“ – und geben sich deshalb mehr Mühe.

Keine heile Welt

Das lässt sich auch an anderen Zahlen ablesen: Inzwischen schaffen 95 Prozent der Hauptschüler den einfachen, vereinzelt auch den erweiterten Hauptschulabschluss. Damit liegen sie im Bremer Durchschnitt – angesichts des schwierigen Stadtteils ein gutes Ergebnis, wie *Rainer Gausepohl* von der Bremer Bildungsbehörde bestätigt.

Neben dem Engagement des Kollegiums haben auch die Rahmenbedingungen zu dem Erfolg beigetragen: zum einen die Ganztagsbeschulung mit entsprechenden Zuschüssen und zum anderen die Bremer Tradition der Schulzentren (s. Kasten). Eine reine Hauptschule hätte in solch einem sozialen Brennpunkt sicher mehr Probleme. „Selektion halte ich für ganz unsäglich“, sagt denn auch Direktor Menkens. „Es hat ganz wesentlich zu einer Stabilisierung beigetragen, dass Haupt- und Realschüler und Gymnasiasten zumindest an einem Standort unterrichtet werden“. Zwar in getrennten Klassen, aber auf dem gleichen Flur und gelegentlich durch Projekte oder Klassenfahrten miteinander verbunden.

Heile Welt herrscht dennoch nicht. „Es gibt durchaus respektloses Verhalten von Schülern gegenüber Lehrern – und vor allem gegenüber den Kolleginnen“, weiß Menkens. Gerade bei neuen Schülern dauert es „eine gewisse Zeit, bis sie die Regeln verewigen“. „Wir sind noch nicht am Ziel. Das Ganze ist ein Prozess, eine Daueraufgabe für die Schule.“ Und für die Gesellschaft. So könnten ausbildende Betriebe mehr zur Integration der Ausländer und Spätaussiedler tun. Beim letzten Schulabgang hatte nur jeder vierte Hauptschüler eine feste Lehrstelle in petto, wie die stellvertretende Schulleiterin *Philine Tempelmann* berichtet. „Wenn sie sagen, dass sie aus Tenever sind, haben sie es nicht einfach.“

Eckhard Stengel

Bremer Schulzentren

Die Bremer SPD hatte in den 70er Jahren die „horizontale Stufenschule“ eingeführt. Diese additiven oder kooperativen Gesamtschulen sollten später zu einem integrierten System weiterentwickelt werden. Verwirklicht wurde aber nur die weitgehende Zusammenlegung von Haupt- und Realschülern. Seitdem die CDU mitregiert, werden die Schulzentren zugunsten eigenständiger Gymnasien geschwächt. Das heutige System sei „so selektiv und unübersichtlich wie noch nie“, findet deshalb *Jürgen Burger* von der Bremer GEW.

ES

„Bildungsforschung braucht Unabhängigkeit“

E&W-Interview mit dem neuen DGfE-Vorsitzenden Prof. Rudolf Tippelt



Foto: privat

Prof. Dr. Rudolf Tippelt, Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung, Fakultät für Psychologie und Pädagogik an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Unter dem Motto „Bildung macht Gesellschaft“ hat an der Frankfurter Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität vom 20. bis 22. März der 20. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) stattgefunden. Im Rahmen des Kongresses löste der Münchener Bildungsforscher Rudolf Tippelt den bisherigen DGfE-Vorsitzenden Hans Merckens ab. E&W sprach mit Tippelt über sein neues Amt und die wichtigsten Themen des Kongresses.

E&W: Herr Tippelt, was hat Sie an der Aufgabe als DGfE-Vorsitzender gereizt?

Rudolf Tippelt: Es sind mehrere Aufgaben, die für mich spannende Herausforderungen sind: Zum einen spielt sich Bildung immer in unterschiedlichen Institutionen ab, in der Familie, in der Schule, in der Jugendhilfe, in der beruflichen Bildung, in der Weiterbildung, in der Hochschule und natürlich auch im Kontext des informellen Lernens. In der Bildungsforschung müssen wir dieses Spektrum von Institutionen insgesamt viel stärker im Zusammenhang verstehen. Wie wichtig das ist, hat gerade die aktuelle Diskussion über die Hauptschule gezeigt. Desweiteren: Die Internationalität unserer Disziplin muss gestärkt werden. Auch die Qualität im Bereich der empirischen Forschung. Drittens: Wir brauchen eine qualitativ bessere Lehrerbildung. Ein letztes, aber dennoch bedeutsames Anliegen: die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

E&W: Im Rückblick: Was waren die wichtigsten Debatten in Frankfurt?

Tippelt: Drei Themen bestimmten im Wesentlichen die Diskussion: Zum einen die Aufarbeitung der PISA-IGLUTIMSS-Befunde, was sicher damit zusammenhing, dass das DIPF – das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung – den Kongress diesmal mit organisiert hatte. Der zweite große Themenkomplex galt – bedingt durch das Motto „Bildung macht Ge-

sellschaft“ – dem Verhältnis von Forschung, Praxis und Politik. Ein dritter Themenstrang war dem Herausarbeiten sozialer Disparitäten im Bildungswesen und der nicht hinreichend gelungenen Integration von Minoritäten und Migranten gewidmet.

E&W: Nun übergeben Sie dabei aber elegant das Spannungsverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft?

Tippelt: Das Problem besteht darin, dass Politik zu wenig an unbequemen Forschungsergebnissen interessiert ist. Und genau da fehlt uns das Geld.

E&W: Was ist die Konsequenz?

Tippelt: Bildungsforschung braucht Unabhängigkeit. Wir brauchen neben einer notwendigen praxisorientierten Anwendungsforschung einen weiteren Ausbau der Grundlagenforschung über langfristige Entwicklungen im Bildungswesen.

E&W: Wie stehen Sie zu der Kritik Ihres Wuppertaler Kollegen Jörg Ruhlof, der auf der Tagung zum 100. Geburtstag Heinrich Roths äußerte, es werde in der Erziehungswissenschaft hauptsächlich standardisiert und gemessen. Ein kritischer Bildungsbegriff bleibe auf der Strecke (s. E&W 4/2006, S. 29)?

Tippelt: Seine Kritik teile ich nicht. Die Erziehungswissenschaften hatten in der Vergangenheit sicherlich, und das hat man uns mit Recht vorgeworfen, ein Defizit dahingehend, dass zu wenig quantitative Forschung betrieben worden ist. Das ist heute nicht mehr der Fall. Dominant ist in unserer Disziplin aber nach wie vor die qualitative Forschung, die auf aktuelle Bildungs- und Erziehungsprobleme Antworten zu geben versucht. Ein kritischer Bildungsbegriff zeigt sich zum Beispiel im Aufdecken von Mängeln in Lernprozessen aber auch von bildungspolitischen Defiziten.

E&W: Nun ist im Augenblick die Schulforschung en vogue und die Kultusministerkonferenz (KMK) wohl Hauptauftraggeberin. Kann man hier noch von wissenschaftlicher Unabhängigkeit sprechen?

Tippelt: Die KMK ist keine dominante Auftraggeberin für die erziehungswis-

senschaftliche Forschung, sie ist aber sehr wichtig für die länderübergreifende Koordination. Die Landes- und Bundesministerien, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Stiftungen, die Wirtschaft, kommunale Einrichtungen, die EU finanzieren mittlerweile Forschungsprojekte in weit größerem Umfang.

E&W: Unabhängigkeit zu wahren, ist das eine. Aber: Mischt sich Ihre Zunft nicht zu wenig in politische Debatten ein? Zum Beispiel bei der Schulstrukturfrage, bei der beruflichen Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen oder Fragen der Integration?

Tippelt: Nein. Da der Reformdruck in den Bildungsinstitutionen groß ist, ist auch der wissenschaftliche Beratungsbedarf von Politik gewachsen. Meine Kollegen sitzen in Kommissionen zur Bildungsqualität, zur Lehrerbildung, zur sozialpädagogischen Arbeit, zur Jugendhilfe und Erwachsenenbildung, zur Gestaltung des beruflichen Bildungswesens. Wir sind als Experten mit unserer Kompetenz also politisch stark eingebunden. Gleichzeitig, und das re-

klamiere ich, ist natürlich unsere Forschung nicht primär eine politische Veranstaltung.

E&W: Stichwort Föderalismusreform: Werden die Antworten der Bildungsforschung künftig entsprechend kleinteiliger ausfallen?

Tippelt: Mit Blick auf Europa sind wir in der Forschung gezwungen, nicht nur kleinteilige Lösungen zu erarbeiten, sondern auch Reformen auf nationaler Ebene anzustoßen.

Nehmen wir zum Beispiel die Lehrerbildung. Wenn wir in diesem Bereich in jedem Bundesland nach unterschiedlichen Standards arbeiten, hätte das für die Bildungslandschaft problematische Folgen.

Gerade in der Lehrerbildung brauchen wir daher Kerncurricula, die für alle Bundesländer gelten. Wir brauchen einheitliche Wissensstandards, die die Mobilität von Studierenden, Schülern und Lehrern sicherstellen.

Interview: Helga Haas-Rietschel

„Die Politik ist zu wenig an unbequemen Forschungsergebnissen interessiert.“



Foto: Bert Buzik

Heißes Eisen

Selbstständige Schule braucht starke Beschäftigtenvertretung

Selbstständige Schule – ist nicht nur ein aktuelles, sondern auch in der GEW heiß diskutiertes und umstrittenes Thema. E&W hat dem Thema in der Mai-Ausgabe vor zwei Jahren ein Schwerpunktheft gewidmet.

Anlässlich einer Personalrätetagung Ende März „packen wir das heiße Eisen“ erneut an und führen – zunächst mit dem Beitrag des Berliner Hauptpersonalratsmitglieds, Knut Langenbach – die Debatte fort.

Selbstständige Schule ist „in“, doch keineswegs neu. Seit dem 18. Jahrhundert haben aufgeklärte Pädagogen von Pestalozzi über die Reformer der 20er-Jahre, von A. S. Neill bis zu Hartmut von Hentig immer gefordert, dass der pädagogische Prozess zur Entfaltung autonomer Persönlichkeiten einen Freiraum braucht. Dass Bildung und Erziehung frei von direkten Nützlichkeitsabwägungen sein sollen, frei von politischer Einfluss- und erst recht Einvernahme der Heranwachsenden. In den vergangenen Jahrhunderten stand dafür der Topos von der „pädagogischen Provinz“.

Brisant und aktuell in den letzten Jahren ist, dass die Forderung zur Autonomie der Schulen aus einer ganz anderen Ecke kommt:

Unternehmensberater fordern sie aus

betriebswirtschaftlichen Gründen, weil in deren Denken dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung als Mittel gelten, Effizienz zu sichern.

Finanzminister und Bildungspolitiker sehen in der Zuweisung dezentraler Budgets einen Weg, um „sparsame Haushaltsführung“ umzusetzen.

In dieser Gemengelage ist es unerlässlich, dass die Bildungsgewerkschaft ihre Position zur selbstständigen Schule bestimmt. Ebenso leicht wie unsinnig könnte sich sonst unter den Mitgliedern ein ideologischer Graben auftun, auf dessen einer Seite die „engagierten Pädagogen“ und auf dessen anderer die „traditionalistisch-strukturkonservativen Gewerkschafter und Personalräte“ stehen.

GEW arbeitet am Thema

Eine Umschau unter den Bundesländern ergibt, dass alle Kultusministerien – in den neuen Bundesländern mit etwas Verzögerung – Modellversuche planen oder bereits dabei sind, selbstständige Schule gesetzlich einzuführen. Deshalb hat die GEW zu diesem Thema Arbeitsgruppen mit Personalvertretern, Schulleitern und Ministerialen – in der Regel mit gewerkschaftlichem Hintergrund – aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Berlin eingerichtet.

Klar war allen Teilnehmenden, dass bislang keine endgültige Position formuliert werden konnte: Die Diskussion muss also weitergehen. Zu diesem Klärungsprozess sind aus den Arbeits-

gruppen vier Thesen formuliert worden:

1. Personalräte auf allen Ebenen

Dazu können Personalräte auf Schulebene nützlich sein. Allerdings: Personalräte auf einer überschulischen Ebene werden ebenso für alle Entscheidungen gebraucht, die bei der „Dienstbehörde“ verbleiben oder die z. B. bei auftretenden Konflikten im Kollegium nicht vernünftig mit dem Schulpersonalrat und seiner Beteiligung getroffen werden können. Es ist nicht zu übersehen, dass z. B. in NRW oder Brandenburg die Personalvertretung durch Vertretungen auf Schulebene („Lehrerräte“) mit beschränkten Rechten insgesamt geschwächt werden soll.

2. Organisationsmacht und Kontrolle

Schule und Schulleitung brauchen bei der Entwicklung zu einer guten Schule Organisationsmacht, damit sie sich nicht wegen jedes Bleistifts oder jeder Arbeitsgemeinschaft in langwierige bürokratische Prozesse verstricken. Schulentwicklung soll ein kollegialer Prozess bleiben. Daher sollten personelle Grundentscheidungen wie Kündigung, Disziplinalgewalt, Beförderung und Einstellungsbedingungen oberhalb der Einzelschule entschieden werden.

3. Demokratische Strukturen ausbauen

Gerade die eigenverantwortliche Schule fußt auf einem aktiven mitarbeitenden Kollegium. Es bedarf hier eher des Ausbaus als der Einschränkung der Rechte von Schulkonferenzen.

4. Wachsamkeit gegenüber Mainstream

Die GEW hat darauf zu achten, dass sich Tendenzen der Mainstream-Politik, die z. B. danach trachtet, übergreifende Schutzregelungen abzubauen und stattdessen die (Selbst-)Ausbeutung über „Regelung in der Einzelschule“ propagiert, nicht durchsetzen. Welche Folgen das haben kann, zeigt ein Blick nach England. Dort wurden erst die Schulen „autonom“, dann hat man diese einem angeblich freien Markt ausgesetzt und – wenn sie sich hier nicht bewährten – (insbesondere in strukturschwachen Wohngebieten war das der Fall) wurden sie einfach geschlossen. Eine Politik, die – inzwischen beinahe selbstverständlich – lauthals „Bildung hat Priorität“ verkündet, aber die nötigen Finanzmittel verweigert, öffnet der Privatisierung Tür und Tor. Dagegen muss die GEW beharrlich ankämpfen.

Knut Langenbach

Die Gesamtschule Meiderich in Duisburg ist eine der Einrichtungen, die am Modellversuch „Selbstständige Schule“ in NRW teilnehmen.

Bildungsaristokratie

Streikwelle in Frankreich: Es ging um Grundsätzliches

Ende März bis Anfang April war Frankreich von einer massiven Streikwelle erfasst: Junge Franzosen protestierten gegen ihre Perspektivlosigkeit nach einer unqualifizierten akademischen Ausbildung. Das Fass zum Überlaufen gebracht hatte schließlich das umstrittene Gesetz, den Kündigungsschutz für Berufsanfänger zu streichen.

Der Streit endete mit einem Fiasko für Regierungschef und Staatspräsident. Zunächst wich Jacques Chirac dem Druck mit einem winkeladvokatorischen Trick aus: Er setzte das Gesetz in Kraft und unterband gleichzeitig seine Anwendung, kündigte die zeitliche Begrenzung des Gesetzes an und versprach obendrein Änderungen. Aber die Protestierenden durchschauten das Manöver und drohten mit weiteren Streiktagen. Nach Ostern musste Chirac das ganze Gesetz zurückziehen. Er will nun Unternehmen, die junge Leute einstellen, mit staatlichen Mitteln subventionieren. Eine substanzielle Förderungsmaßnahme ist das nicht.

Gleichheit kein Schimpfwort

Die Niederlage der Regierung ist nicht nur „der Methode des heilsamen Elektroschocks“ (*de Villepin*) geschuldet, denn es ging den Protestierenden um Grundsätzliches: Gleichheit (*égalité*) ist in Frankreich – anders als hierzulande – noch nicht zu einem Schimpfwort geworden. Gleichheit hat dort einen zwar notorisch antastbaren, aber generell guten Ruf. 1995 stürzte die Regierung von *Alain Juppé* über den Plan, den schlecht verdienenden Eisenbahnern die Renten zu kürzen. Unvorsichtigerweise nannte Juppé die Eisenbahner „Privilegierte“ – wegen der relativen Arbeitsplatzsicherheit, die sie genießen. Im Namen von

Gleichheit brach ein landesweiter Streik aus. Genau dasselbe passierte, als die konservative Regierung 2003 alle Renten kürzen wollte. Nach dem Streik zog sie den Plan zurück.

Ausgangspunkt der Proteste, an die sich die Gewerkschaften anschlossen, waren die Universitäten und Gymnasien. Bereits im Oktober 1998 streikten zum Beispiel rund eine halbe Million Gymnasiasten in 350 Städten gegen die Misere an den Schulen. Die Regierung *Lionel Jospin* versprach ein Sofortprogramm – doch es geschah nichts.

Zwei Lebenslügen

Dass an Schulen und Universitäten ein Dauerkonflikt tobt, hat mit zwei Lebenslügen der französischen Gesellschaft zu tun. Im Namen der Gleichheit verspricht die Republik seit der Revolution von 1789 jedem – egal welcher Herkunft und Hautfarbe – gleiche Chancen. Nur die Leistung sollte zählen. Das Land versteht sich insofern als Meritokratie. Die zweite Lebenslüge stammt aus dem Jahr 1977 und ist mit der Einführung der vierjährigen Gesamtschule (*Collège*) verbunden, die sich an die fünfjährige Grundschule anschließt. 80 Prozent aller Schüler sollen danach in der Gymnasialstufe (*Lycée*) das Abitur machen.

Der erneute Protest der Schüler und Studenten richtet sich gegen beide Lebenslügen, denn längst hat sich die reklamierte Chancengleichheit als Schwindel herausgestellt. Jede Generation spürt, dass das angeblich egalitäre System die Chancen in der Praxis völlig ungleich verteilt. Das beginnt bereits in den Grundschulen. Im Prinzip sollen Kinder dort eingeschult werden, wo sie wohnen. Das wird jedoch von Besserverdienenden mit Zweitadressen massenhaft umgangen. Selbst in sozial durchmischten Pariser Bezirken finden sich Grundschulen, in denen – „zufällig“ – sozial homogene Klassen aus Mittel- und Oberschichtkindern existieren.

Auf der Gesamtschule und dem Gymnasium melden sich die Schüler aus den oberen sozialen Schichten für die als schwer geltenden Fächer Griechisch, Latein oder Deutsch an – was „automatisch“ zu sozial homogenen, weißen Klassen mit Kindern aus Beamten-, Professoren-, Lehrer-, Rechtsanwalts- und Kaufmannsfamilien führt. Den Rest nennen zynische Lehrer „Türkenklassen“. Gleiches spielt sich beim Übergang von der Gesamtschule in einen der drei Zweige des Gymnasiums ab. Allgemeinbildendes, technologisches und berufliches Gymnasium bzw. Abitur widerspiegeln haargenau die Dreiklassengesellschaft der Berufswelt. „Der Universalismus des republikanischen Gymnasiums“, von dem reaktionäre Philosophen wie *Alain Finkielkraut* schwärmen, ist reine Fiktion.

Da fast 70 Prozent eines Jahrgangs ein Abitur machen, sind die normalen Universitäten restlos überfüllt und katastrophal ausgestattet. Anders die Elitehochschulen (*grandes écoles*). Zutritt zu ihnen erhält nur, wer eine zusätzliche zweijährige Vorbereitung und eine schwere Aufnahmeprüfung absolviert. Knapp neun Prozent eines Abiturientenjahrgangs schaffen das. Dabei handelt es sich fast nur um Studierende, deren Eltern auch schon an einer *grande école* studierten. Das zeigt: In Frankreich herrscht in Staat, Wirtschaft und Kultur eine Bildungsaristokratie.

Die große Masse der Abiturienten – rund 1,8 Millionen, etwa 90 Prozent – studiert an den 84 „gewöhnlichen“ Universitäten. Hier kostet jeder Student die Steuerzahler etwa 7000 Euro pro Jahr. Dagegen wird für den Nachwuchs der französischen Elite fast das Doppelte (13 000 Euro) ausgegeben. Der Betrieb an den 84 Universitätsfabriken spottet denn auch jeder Beschreibung. Ein Viertel des Akademikernachwuchses resigniert vorab und verlässt die Institution ohne Abschluss.

Rudolf Walther



Fotos: dpa

Radioaktive Wolken kennen keine Grenzen

Gastkommentar: Trotz Tschernobyl – Atomkraftbefürworter sehen sich im Aufwind



Am 26. April 1986 explodierte keine 1400 km von Deutschland entfernt in

Thomas Breuer Tschernobyl ein Atomreaktor. Es war der bislang weltweit schlimmste Reaktorunfall. Ein Großteil der nördlichen Hemisphäre wurde verstrahlt, tausende Menschen erkrankten, vor allem an Krebs und Leukämie. Zehntausende werden an den Folgen ihrer Krankheit noch sterben. Beinahe über Nacht war damals die Umwelt feindlich geworden. Die Gefahr lauerte überall und nirgendwo. Sie war nicht greifbar. Für viele Menschen – unter ihnen viele GEW-Mitglieder – veränderte Tschernobyl die Welt.

Heute, 20 Jahre später, sehen Politiker der Union und Konzernchefs von RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW ihr Heil in einem neuen Erstarren der Atomkraft. Tschernobyl scheint vergessen. Atomkraft wird plötzlich als Rettung für das bedrohte Weltklima gerade von denen benannt, die neben Atomkraftwerken auch Kohlekraftwerke betreiben – bekanntlich die größten Klimakiller. Auch die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas und arabischem Öl wird gern ins Feld geführt, wenn Politiker die Atomkraft wieder salonfähig reden wollen. Dass in ganz Europa nicht einmal drei Prozent der weltweiten Uranvorkommen liegen und diese Ressource in 65 Jah-

ren zur Neige gehen wird, verschweigt man dagegen gerne. Das Wiederbeleben der Atomkraft-Akzeptanz erfolgt dabei schrittweise und geschickt. Als erstes geht es „ja nur“ darum, die vier ältesten Atommeiler der Republik, die demnächst nach dem Atomausstiegsplan von Rot-Grün abgeschaltet werden sollten, weiterzuführen. Biblis A, Biblis B, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel gehören zu den Reaktoren Deutschlands mit dem größten Unfallrisiko. Sie sind am schlechtesten von allen gegen Terroranschläge geschützt und mit bedenklichen bauartbedingten Mängeln behaftet.

Weg bereitet

Die Argumentation der Atomkraftfreunde: „Ein bisschen länger wird es schon gut gehen. Ist ja bis jetzt noch nichts passiert.“ Als Zweites wird dann auf den internationalen Neubau von Atomkraftwerken verwiesen, mit Wirtschaftsnachteilen für den Standort Deutschland gewunken und

so der Weg für alle möglichen Atomträume bereitet.

Kein sicheres Endlager

Doch Konzerne und Politiker machen die Rechnung ohne die deutsche Bevölkerung. Diese will nach wie vor keine Atomkraftwerke, ergeben Umfragen immer wieder. Weil sie der angeblichen Sicherheit nicht traut. Weil es bis heute kein sicheres Endlager für den Atommüll gibt. Weil Tschernobyl gezeigt hat, was passieren kann. Und weil es jederzeit und auch im dichtbesiedelten Deutschland zu einem Super-GAU kommen kann. Oder – und diese Bedrohung ist aktueller denn je – weil Terroristen ein Atomkraftwerk als nächstes Anschlagziel auswählen könnten.

Hinzu kommt: Zivile Atomkraft und militärische Nutzung zum Bau einer Atombombe lassen sich nicht voneinander trennen. Der Streit mit dem Iran ist dafür das beste Beispiel. Wer Atomkraftwerke zur Energiegewinnung betreibt, ist letztendlich auch in der Lage, Atombomben bauen zu können. Ein Fakt, der vielen Menschen klar ist. In Deutschland gab es schon immer eine starke Anti-Atombewegung – erinnert sei nur an Brokdorf, Wendland und den Boykott der Atommüll-Transporte. Nach dem GAU in Tschernobyl wuchs sie zu einer Kraft, die letzten Endes sogar zum Atomausstiegsprogramm der rot-grünen Bundesregierung 1998 führte. Wenn es heute etwas ruhiger geworden ist im Anti-Atomlager, dann sollten sich Atomkraftbefürworter aber keiner Illusion hingeben. Denn die Menschen wissen noch immer, was sie wollen: keine Atomkraft. Atomkraft ist lebensgefährlich, unbeherrschbar. Davor die Augen zu verschließen, ist politisch unverantwortlich.

Thomas Breuer, Greenpeace



1986 Super-GAU in Tschernobyl: konstruktionsbedingt und verursacht durch Bedienungsfehler sowie Verstöße gegen Betriebsvorschriften. Dabei wurden radioaktives Strontium, Cäsium und Plutonium freigesetzt.

Recht und Rechtsschutz

5/2006

Informationen der GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.

Verantwortlich: Paul Michel, Volker Busch, Gerhard Jens

58. Jahrgang

Mangelfacherlass

Verbeamtung nur mit entsprechender laufbahnrechtlicher Voraussetzung

Um den Unterricht in Mangelfächern zu sichern, werden geeignete Lehrkräfte auch in Schulstufen eingestellt, die nicht über die passende Lehramtsbefähigung verfügen. Allerdings: Eine Verbeamtung wird nur bei der geforderten Lehramtsbefähigung bewilligt.

Ein nordrhein-westfälischer Primarstufenlehrer des Geburtsjahrgangs 1964, der in der Sekundarstufe I (Sek. I) ein Mangelfach unterrichtet hatte, wollte sich verbeamten lassen. Weil das Land ihm sein Ansinnen verweigerte, legte er Widerspruch, Klage und Berufung ein: Doch vergeblich, der Pädagoge muss sich weiterhin mit einem unbefristeten Angestelltenvertrag zufrieden geben. Der Hintergrund: Der Kläger wurde zunächst befristet für ein Jahr eingestellt und unterrichtete von Juni 2001 bis Juli 2002 Mathematik in Sek. I. Dies war mit der arbeitsvertraglichen Auflage verbunden, während der Zeit (freigestellt) an einer Weiterqualifikation teilzunehmen. Mit der Maßnahme sollte die fehlende Unterrichtsbefähigung nachgeholt werden. Außerdem galt das Jahr als Bewährungsphase.

Nach erfolgreicher Teilnahme an der Zusatzqualifikation und positiver dienstlicher Beurteilung konnte der Kläger seine Tätigkeit als angestellte Lehrkraft für Mathematik bei voller Pflichtstundenanzahl unbefristet ausüben. 2002 beantragte er die Übernahme in das Beamtenverhältnis. Dabei machte er geltend, dass er die Höchstaltersgrenze nicht überschritten habe und daher auf seinen Fall die Ausnahmeregelung des Mangelfacherlasses des Landes anzuwenden sei. Diese sieht höhere Altersgrenzen vor.

Sein Antrag wurde von dem mit dem Fall befassten Verwaltungsgericht mit der Argumentation abgelehnt, der

Mangelfacherlass gelte nur für Lehrkräfte mit der geforderten Lehramtsbefähigung. Bei dem Kläger fehle jedoch die passende laufbahnrechtliche Voraussetzung.

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) bestätigte die Entscheidung mit Hinweis auf die ständige rechtliche Praxis des Mangelfacherlasses. Zwar sei dieser rechtlich durchaus auch weiter ausulegen, maßgeblich für die Bewertung sei jedoch die Verwaltungspraxis, die dem Senat bereits aus anderen Verfahren dieser Art bekannt sei. Höheres Recht werde ebenfalls nicht verletzt, so das OVG. (OVG NRW vom 06. September 2005 – AZ 6 A 300/04 rechtskräftig)

Sexuelle Verfehlungen

Realen Hintergrund sorgfältig prüfen

Schon am 21. Dezember 2005 hat der 18. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe mit einem zwischenzeitlich rechtskräftigen Urteil (Aktenzeichen 13 U 148/04) den Schutz von berufsmäßigen Pädagogen gegen pauschale Vorwürfe angeblicher sexueller Verfehlungen verbessert.

Aus den USA, aber auch in Deutschland ist eine Reihe von Fällen bekannt geworden, in denen diese Vorwürfe zum beruflichen Aus von Lehrern, aber auch Hochschulprofessoren führten, obwohl die Vorwürfe sich letztlich als haltlos herausstellten.

Der Entscheidung lag der Fall eines Lehrers an einer südbadischen Schule zugrunde, der von einem Vater pauschal sexistischer, pädophiler und homosexueller Handlungen bezichtigt worden war.

Weder der Vater noch sein Sohn konnten aber Näheres zu den Umständen, also wann und wo sie etwas gesehen haben wollten, sagen. Stattdessen berief sich der Vater darauf, irgendwann einmal von seinem (allerdings pubertierenden) Sohn so etwas gehört zu haben.

Dennoch hatte er diese „Gerüchte“ in einer Auseinandersetzung gegen den Lehrer am Elternabend, bei den Elternvertretern und bei der Schulleitung so eingesetzt, dass der Eindruck entstand, als handele es sich um Tatsachen.

Im Gerichtsverfahren wurden mehrere Schüler, Lehrer und Eltern befragt. Keiner konnte die Vorwürfe bestätigen, jeder hatte nur von den Gerüchten gehört.

Der Lehrer konnte in dieser Zeit nicht mehr an der Schule arbeiten. Diese Situation belastete ihn seelisch so sehr, dass er erkrankte, nicht mehr unterrichten konnte und 2003 schließlich in den Ruhestand versetzt werden musste.

Es half nichts, dass das Regierungspräsidium als vorgesetzte Behörde für den Lehrer Ehrenerklärungen vor den Lehrerkollegen und der Schülerschaft verlesen ließ.

Erst das Oberlandesgericht hat den Vater Ende 2005 zum Widerruf seiner Anschuldigungen verurteilt. Das Gericht hat klargestellt, dass es in einem solchen Fall nicht ausreicht, wenn Eltern angebliche „Berichte“ ihrer Kinder vorschreiben. Werden so schwere Vorwürfe erhoben, sind Eltern wegen der sofortigen beruflichen Auswirkungen auf den betroffenen Pädagogen verpflichtet, sich besonders sorgfältig zu vergewissern, dass die Vorwürfe einen realen Hintergrund haben und überprüft werden können.

Eltern müssen ihr Kind befragen, ob es sich um eigene Beobachtungen handelt oder ob es nur davon „gehört“ hat. Behauptet das Kind, selbst etwas gesehen zu haben, müssen die Eltern nach den näheren Umständen, also Zeit, Ort und weiteren Personen, die etwas beobachtet haben könnten, befragen. Außerdem muss dem Kind klargestellt werden, dass es in einer offiziellen Untersuchung Rede und Antwort stehen muss.

Fehlt es an näheren Angaben und geht es Eltern nur darum, einen Lehrer „abzuschießen“, indem sie ihn in seinem Beruf unmöglich machen, sind Vorwürfe sexueller Übergriffe verboten, müssen unterlassen oder widerrufen werden. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorwürfe öffentlich oder „nur“ am Elternabend, vor der Schulleitung oder den Schulbehörden erhoben werden.

Bislang war dieses Problem in der Rechtsprechung ungeklärt. Mit der Entscheidung hat das Oberlandesgericht den Schutz „berufsmäßiger Lehrer“ vor pauschalen schweren Vorwürfen verbessert.

RA Jörg Düsselberg
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Verbeamtung nur mit entsprechender laufbahnrechtlicher Voraussetzung

Realen Hintergrund sorgfältig prüfen

...und kein bisschen Ruhe

Dieter Wunder ist 70

Dieter Wunder, der ehemalige GEW-Vorsitzende, ist 70 Jahre geworden. Wunder hatte den GEW-Vorsitz 1981 von Erich Frister übernommen. Die Bildungsgewerkschaft gratuliert.

Das Schwierigste im Umgang mit *Dieter Wunder* ist – heute mehr denn je –, einen Termin mit ihm zu finden.

Seit seinem Rückzug von der GEW-Spitze ist er als Mitglied einer Fülle von Ausschüssen, Kommissionen, wissenschaftlichen Beiräten und Stiftungsgremien auf Bundes- und Landesebene unterwegs.

Selbst an seinem 70. Geburtstag musste ihm seine Frau nach Hamburg nachreisen, um ein paar Stunden mit ihm feiern zu können, weil er abends schon wieder eine Verpflichtung in der Hansestadt hatte.

Aus dem Lehrer und Gewerkschafter ist ein unworbener und nachgefragter Politikberater geworden. Mit hartnäckiger Ungeduld pocht er auf die Einhaltung der Bürger- und Menschenrechte für alle, die in Deutschland leben und aufwachsen.

Aber natürlich stehen Bildungsthemen wie die Ganztagschule für den ehemaligen GEW-Vorsitzenden im Vordergrund.

Mit Dieter Wunder zog ein neuer Führungsstil ein. Er war der Antityp eines Gewerkschaftsvorsitzenden: Er stellte Fragen, suchte die Diskussion. Schnelle Antworten verursachten ihm Unbehagen. Der auf Ausgleich bedachte Mann und die Organisation passten in den 80ern zusammen: ein anerkannter Linker, dem die Konservativen vertrauten. Dieter Wunder führte die GEW in bildungspolitisch mageren Jahren. Die Regierung *Helmut Kohl* hatte die sozial-liberale Koalition abgelöst; es herrschte zehntausendfache Arbeitslosigkeit unter Pädagogen und jungen Wissenschaftlern. Ende der 80er kam die Wende – schneller als die GEW – und anfangs auch ihr Vorsitzender – wahrhaben wollten. Mit Blick auf die Gewerkschaften stand Wunder von Anfang an für eine eigenständige demokratische Erneuerung. Von schneller Übernahme, gar Fusion hielt er nichts.

Bewegte er sich in den 80ern im Mainstream seiner Organisation, zwang er sie

in den 90ern mehr und mehr in Auseinandersetzungen. Die deutsche Einheit hatte vieles verändert, Ungereimtheiten in GEW-Positionen offen gelegt, Glaubensgrundsätze erschüttert. Früher als andere hat der feinfühlig Analytiker bemerkt, dass sich seine Gewerkschaft an vielen Stellen den Blick auf die Realitäten durch festgefügte Standpunkte verstellte. Er begann mit ideologiekritischen Schriften und Reden zu provozieren.

Er wollte eine Gewerkschaft, die nicht nur Utopien pflegte, sondern Ziele verfolgte. Sein Credo in diesen Jahren: „Gewerkschaften müssen antreiben.“ Aber die Organisation folgte ihm nicht. Nach 16 Jahren an der Spitze der Bildungsgewerkschaft verweigerte sie ihm 1997 auf dem Kongress in Chemnitz im ersten Wahlgang die Gefolgschaft. Die Kommentatoren resümierten damals, Wunder habe mit seiner Intellektualität Schwächen der Organisation überdeckt. Heute deckt er mit analytischer Wachsamkeit auch in anderen Ecken der Gesellschaft Schwächen auf und fordert Veränderungen ein.

Jutta Roitsch, Steffen Welzel



Foto: privat

Feierte seinen 70. Geburtstag: der ehemalige GEW-Vorsitzende Dieter Wunder.

Verbot schadet mehr als es nützt

„Ohne Kinderarbeit hergestellt“ – Debatte über ein heikles Thema

Vor allem Schulklassen sollen am 13. Mai zum Weltladentag angesprochen werden. Sein Motto: Kidz@work – fairer Handel schützt Kinderrechte! Mit diesem Thema stellen sich die Weltläden einer durchaus heiklen Diskussion. Viele ihrer Kunden wollen vor allem kinderarbeitsfreie Produkte. Doch das nützt oft mehr dem guten Gewissen der Käufer als den Betroffenen.

„Ohne Kinderarbeit hergestellt“ ist für viele Konsumenten das wichtigste Argument, im Dritte-Welt-Laden einzukaufen, wie eine Befragung des *imug*-Instituts belegt. Zugleich zeigen praktische Erfahrungen weltweit, dass das von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verfolgte Ziel eines Arbeitsverbots für Kinder den Betroffenen oft mehr schadet als nützt. Die Verdrängung von Kindern aus exportorientier-

ten Sektoren entlastet in erster Linie das Gewissen der europäischen Kundschaft. Für die Mädchen und Jungen in der Dritten Welt heißt das häufig, sich einen noch schlechter bezahlten Job suchen zu müssen.

Der Weltladendachverband stellt in seiner Kampagne die Arbeitsbedingungen ins Zentrum. Kinderarbeit und ausbeuterische Kinderarbeit werden differenziert – wenn auch nicht ganz widerspruchsfrei definiert. „Fairhandels-Organisationen garantieren, dass Kindern, die innerhalb ihrer Familie bei der Arbeit mithelfen, immer noch genug Zeit für Schulbesuch und Spiel bleibt.“ Und natürlich geht es um bessere Abnahmepreise für die Produkte, damit die Chance besteht, dass die Eltern genügend verdienen, um die Familie zu ernähren. Zunehmend gibt es inzwischen aber auch Kinder in den Dritte-Welt-Ländern, die sich selbst organisieren und dafür eintreten, ihre eigenen Arbeitsbe-

dingungen zu verbessern. Vor zwei Jahren fand in Berlin der zweite Weltkongress dieser Kinderbewegung statt. Statt Boykott ihrer Produkte forderten sie Offenheit für das, was sie produzieren – um einen angemessenen Preis. Die Importfirma *Equomercato*, die italienische Weltläden beliefert, hat vor ein paar Jahren von Kindern gefertigte Produkte ins Sortiment aufgenommen. Nachdem die Weltläden zunächst empört reagierten, gehören die Kinderprodukte inzwischen in vielen italienischen Fair-Handels-Läden zum festen Sortiment. Ob auch in Deutschland dieser Weg ausprobiert werden soll, steht noch zur Debatte.



Foto: imago

Kinderarbeitsverbot bedeutet für die Betroffenen häufig nicht das Ende ihres Elends.

Annette Jensen

Freundliche Beharrlichkeit

(E&W 4/2006, Seite 36: „Scientific worker“)

Mit Gerd Köhler ist jemand aus der politischen Handlungsebene der deutschen Gewerkschaften ausgeschieden, dem dreierlei gelungen ist, was ihm in seiner Gewerkschaft leider nur wenig Anerkennung einbrachte:

1. Er hat gewerkschaftliches Denken im Wissenschaftssektor „hof-fähig“ gemacht;

2. er hat die hochschulpolitische Dimension mit der Gewerkschaftsarbeit verzahnt und hier Politiker wie Gewerkschafter unterschiedlichster politischer Ausrichtung in den Diskurs und auch zusammengebracht;

3. er hat die internationale Dimension der Gewerkschaftsarbeit konsequent gepflegt und daraus frühzeitig und kontinuierlich wertvolle Erkenntnisse in die deutsche hochschul- und bildungspolitische Diskussion transportiert. Darüber hinaus vermochte Gerd zu motivieren – sei es zum „Mitmachen“, sei es zum Nachdenken. Gerd Köhler hat sich und denen, die mit ihm arbeiten wollten, viel abverlangt – seine freundliche Beharrlichkeit, mit der er auch in harter inhaltlicher Auseinandersetzung jegliche Schärpen zu vermeiden wusste, habe ich immer geschätzt.

Was er geschafft, was er erreicht hat, wird man erst besser beurteilen können, wenn eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger eine ähnlich lange Zeit die Geschicke des Wissenschaftssektors in der GEW gelenkt haben wird.

Werner Dörr (ebem. Vorsitzender des BFGA HuF), Polch bei Koblenz

Misstrauen geweckt

(E&W 2/2006, Seite 24: „Finnland in Südtirol“)

Nach den skandinavischen Ländern, speziell Finnland, ist es also Südtirol, dem wir naheifern sollten. Eine einwöchige – vermutlich geführte – Exkursion ruft auch alle Stichworte auf, die augenblicklich angesagt sind und weckt schon deswegen mein Misstrauen: neue Lernkultur, Lernbegleiter statt Lehrer, keine Ziffernnoten und natürlich möglichst langes gemeinsa-

mes Lernen, das auf den ersten Blick fast automatisch gute PISA-Ergebnisse zu versprechen scheint. An der Basis, in den Lehrerzimmern, herrscht Skepsis, ob eine gemeinsame Schule mit unseren Schülern wirklich zu besseren Ergebnissen führen würde. Finnland ist als relativ kleines Land mit ausgeprägtem Bildungsbewusstsein im Gegensatz zu Deutschland sehr homogen in seiner Einstellung zu Bildung und Schule. Ähnliches dürfte für Tirol gelten.

Peter Engelhardt, Frankfurt a.M.

Spitze!

(E&W 4/2006, Seite 32: „GEW-Report zu Privatisierungstendenzen“)

Der Beitrag ‚Allianz-Gymnasium‘ und ‚Thomy-Realschule‘? ist Spitze und macht betroffen. Als ich vor einigen Jahren das Buch von Naomi Klein „No Logo“ gelesen habe, war mir nicht klar, wie schnell die hier beschriebenen amerikanischen Verhältnisse in Deutschland greifen würden. Die neuen Bundesländer, in denen Finanzen eher tröpfeln als fließen, sind vielleicht besonders anfällig. Die Wirtschaft diktiert zunehmend das gesellschaftliche Leben und macht sich mit Werbung in öffentlichen Räumen breit. Hier muss die Bildungsgewerkschaft intensiv nach Wegen suchen, um gegenzusteuern.

Richard Schaefer, Erfurt

Vor allem für Frauen

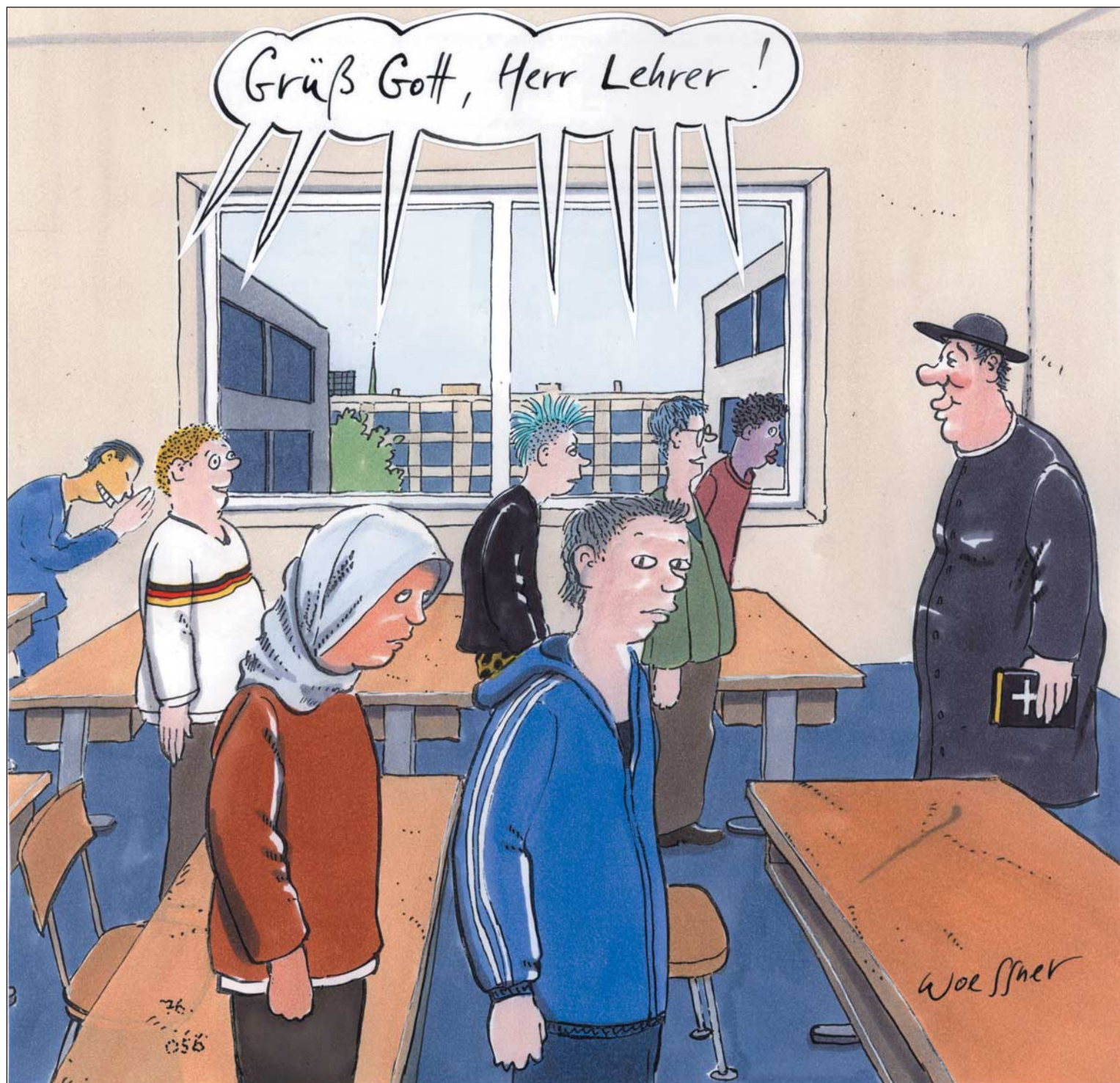
(E&W 3/2006, Seite 36: „Man(n) traut Frauen zu wenig zu“)

Seit acht Jahren bin ich im Berufsschuldienst des Landes Niedersachsen tätig, lange Zeit als einzige Lehrerin an einer Fachschule für Technik. In dieser Zeit habe ich viel Diskriminierung erfahren.

Nicht nur im Schulwesen werden die Diskriminierungsmethoden zunehmend subtiler. Wenn jemand zu Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen geschickt werden soll, fällt die Wahl – nach meinem Erleben – ausnahmslos auf männliche Kollegen. Im Konkurrenzfall wird den Frauen regelrecht verboten, sich schulen zu lassen!

Sonja Weiß, Braunschweig

Diesmal



Begrüßung im Hauptfach Familienkunde an der Ursula-von-der-Leyen-Schule.